Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechenden Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Fernspr. Nr. 324. :—:

Mit dem wöchentlich 2maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 213 — Mittwoch den 22. September 1920 — 47. Jahrg.

Wiederaufbau.

Von Dr. Herz.

Die Erfahrung der Kriegskunst lehrt, daß sich auch die erfolgreichste Offensive einmal tot läuft. Dasselbe Gesetz gilt für die Revolution. Wenn der revolutionäre Wille erlahmt ist, verpuffen die Versuche der Fanatiker, die Massen zur Fortführung der Revolution aufzupeitschen. Trügen nicht alle Anzeichen, so ist dieser Wendepunkt jetzt gekommen, wenn es auch natürlich noch unter der Oberfläche gärt. Die Menschen sehnen sich nach Ruhe und Ordnung, daher konnte der Kapp-Putsch der revolutionären Bewegung nur vorübergehend Odem einblasen. Der Rückschlag, den die bolschewistischen Armeen in Rußland erlitten, noch mehr die Enttäuschung, die die Unabhängigen in Sowjetrußland erfahren haben, beschleunigte die Erkenntnis von der Gefahr einer Überheizung der Entwicklung.

Allerdings, rückwärts drehen läßt sich das Rad der Geschichte auch nicht. Jeder Versuch, die Arbeiterschaft von der im Staat eroberten Stellung wieder hinunter zu drücken, würde den noch glimmenden Brandherd neu aufflammen lassen. Die Arbeiterschaft, die jetzt bei der Kohlenförderung im Ruhrrevier zeigt, daß sie einzusehen beginnt, welche Pflichten ihr die Macht, das Wirtschaftsleben lahm zu legen, auferlegt, hält allerdings die Vergesellschaftigung der Produktionsmittel noch immer für das Gebot der Stunde.

Wir alle sind wohl darüber einig, daß die Zeit der hohen unerarbeiteten Gewinne vorüber ist. Aber die Frage, die in den Vordergrund der Erörterungen zu schieben ist, ist nicht die Frage der Sozialisierung. Das Problem ist weit ernster, weit lebenswichtiger. Es heißt mit dürren Worten: Was wird aus den 16 Millionen Menschen, mit denen Deutschland jetzt überbevölkert ist, wenn einmal — und das wird in absehbarer Zeit der Fall sein — die vorkriegliche Vorratskammer, aus der wir jetzt leben, gänzlich geleert sein wird? Das Fünfviertelhundert Milliarden Papierzettel, das von Hand zu Hand wandert, täuscht Wohlhabenheit vor, jedoch die Notenpresse kann Geldzeichen drucken, bringt aber kein Stück Brot, kein Paar Stiefel, kein Wohnhaus.

Die Lösung ist so oft gegeben, daß sie zum Gemeinplatz geworden ist. Sie heißt: Arbeiten, arbeiten und wieder arbeiten; das einzige Mittel gegen die Arbeitsscheu liegt, wie Goethe es einmal formuliert hat, in der Erhöhung der Arbeitsleistung.

Das ist die Antwort, rein vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus gegeben! Da aber letzten Endes nicht wirtschaftliche Erwägungen, sondern Ideen des Handelns der Menschen regieren, wird in dieser Antwort als Grundlösung angegeben, was nur Folge moralischer Erneuerung sein kann. Ehe mit Liebe gearbeitet werden kann — und nur solche Arbeit bringt Segen — müssen sittliche Kräfte wieder zu wirken beginnen.

Die erste sittliche Forderung lautet in einer Zeit, in der alle, Schieber und Kriegsgewinnler ausgenommen, in derselben Verdammnis sind: Gemeinschaftswillen. Gemeinschaftswillen in dreifacher Form. Erstens: Freiwillige Verdichtung der Gütererzeugung auf jene Dinge, die für die verarmte Gesamtheit notwendig sind; der Profit des Einzelnen allein darf sie nicht bestimmen. Zweitens: Unterordnung unter die Staatsgewalt, die vom Volkswillen getragen ist; es geht ebensowenig an, daß die Gewerkschaften weiterhin bei der Kontrolle der Waffenbeförderung sich über die Staatsleitung stellen, als daß Lehrer der höheren Schulen die Kinder planmäßig zu ihrer Verachtung erziehen. Endlich Gemeinschaftswille darin, daß alle Stände und Berufe sich als zusammengehörige Glieder fühlen, von denen das eine das andere nicht entbehren kann. Ich denke dabei in erster Linie an das Verhältnis von Stadt und Land. Es hat mich weniges in meiner politischen Tätigkeit so beglückt, als der Brief einer Städterin vor dem Kriege in jenen Zeiten, als die Zollfragen noch politisch, nicht wirtschaftlich behandelt wurden, die mir schrieb, daß sie die Bauern liebe, seitdem sie das gelesen habe, was ich über innere Kolonisation geschrieben hätte. Die Ernährungsnöte im Kriege haben den Riß zwischen Stadt und Land, der gerade zu verharschen begann, wieder aufgerissen; gegenseitiges Verständnis wird sich anbahnen, wenn die Städter begreifen, daß Stadtleben aushört, Landleben neue Kräfte schafft.

Und wenn wir vom Bauernturm sprechen, kommen wir auf den zweiten wichtigen Punkt. Soll Deutschland wieder aufblühen, so braucht es Persönlichkeiten. Wo finden wir sie mehr, als im freien Bauernstand, der auf eigener Scholle sitzt, niemandem als sich selbst untertan? Es liegt im Wesen der Revolution, zu nivellieren. Das ist berechtigt, soweit Klassenvorrechte beseitigt werden. Es wird zum Verderben, wenn anstelle der Gleichberechtigung Gleichmacherei tritt. Der Matrose, der den Steuermann von Bord stößt, kann das Schiff deswegen noch lange nicht lenken. Wir brauchen alle schaffenden Kräfte und dürfen daher den Unternehmergeist nicht durch Reglementierung und Bürokratismus, wie in den Zeiten der zünftlerischen Überspannung, in spanische Stiefel schnüren.

Wiederaufbau Deutschlands! Überall im Ausland glaubt man an ihn; dieser Optimismus wird nicht trügen, wenn Deutschland die Kraft findet, sich sittlich zu erneuern.

Die Durchführung des Friedens.

Vergewaltigung!

Zur Entscheidung über Eupen und Malmedy.

Die Entscheidung über Eupen und Malmedy ist gefallen. So gefallen, wie vorauszusehen war. Eupen und Malmedy werden belgisch. Der Völkerbund hat die deutschen Proteste gegen den Terrorismus der Belgier zurückgewiesen. Nicht etwa, weil sie unbegründet waren, sondern weil die Abschreckungsmethoden der Belgier vom belgischen Oberkommissar mißbilligt worden seien. Es ist schwer, eine Satire nicht zu schreiben. Die Gemeinden z. B., denen einen Rundschreiben zuging, in dem sie mit Repressalien bedroht werden, falls sie gegen Belgien stimmen, wissen genau, was das für die Zukunft heißt. Auch wenn der Oberkommissar, der weit ist, das Rundschreiben „mißbilligt".

Berichterstatter im Völkerbundsrat war der brasilianische Gesandte da Cunha. Er ist zum Ergebnis gekommen, daß die Anordnungen der belgischen Behörden über die Abstimmung dem Buchstaben des Versailler Friedens entsprechen. Aus dieser Formulierung, die der als Völkerrechtler nicht unbekannte Diplomat sein Votum gegeben hat, kann man allerlei herauslesen. Besonders, daß die ganze Art der Abstimmung, die unter Aufsicht der Belgier in der Art erfolgt ist, daß diejenigen sich in Listen eintragen, die nicht unter belgische Staatshoheit kommen wollten, auch nicht im entferntesten dem entspricht, was man als Mindestforderung für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts aufstellen muß. Mit seiner Entscheidung hat der Völkerbundsrat das Siegel auf eine der schwersten Vergewaltigungen gedrückt, die der Friedensvertrag gewagt hat. In Eupen wohnen 98 Wallonen unter 25 000 Deutschen. In Malmedy 9500 unter 37 000 Deutschen.

Belgien will mit Glockengeläute und Fahnenschmuck die „Wiedervereinigung" der Bezirke feiern. So heißt es in den Maueranschlägen in Brüssel. Wann hat Eupen und Malmedy zu Belgien gehört? Oder auch nur zu einer jener Staatsformationen, die als Vorläufer des belgischen Königreichs angesehen werden können? Also auch die Berufung auf das historische Recht versagt, aber die großen Wälder und die reichen Zinkgruben lockten. Wahrlich, wenn der Völkerbundsrat das Ansehen des Völkerbundsgedankens schänden wollte, konnte er nichts besseres tun, als zu dieser Verschacherung von Menschen für Metall und Holz sein Ja und Amen zu sagen. Zu gleicher Zeit kommt eine Nachricht aus Südwestafrika, daß die Proteste der Deutschen dort gegen die Einverleibung in die Union von General Smuts höhnisch zurückgewiesen worden sind und ihnen nicht einmal der Schutz ihrer kulturellen Eigenart zugestanden werden soll.

Und endlich: am italienischen Nationalfeiertage wird die Annexion Südtirols feierlich verkündet werden. 280 000 Deutsche und 16 000 Ladiner werden durch einen Federstrich einer verhaßten Fremdherrschaft unterworfen.

Rechnet man die weiteren Millionen Deutsche hinzu, die gegen ihren Willen den Tschechen, den Polen, den Jugoslaven unterworfen worden sind, so packt uns ein Grauen vor dem Übermut der Sieger, die sich vermessen, die Knechtung dieser Millionen auf die Dauer aufrecht erhalten zu können. Völker lassen sich heute nicht mehr verschachern wie das Inventar eines Gutshofes, und bisher hat die Weltgeschichte noch jedes Unrecht irgendwann gerächt. Auch im Völkerleben gilt der Satz: Recht muß Recht bleiben!

*

Das Programm der Brüsseler Konferenz.

Brüssel, 22. Sept. Das Programm der Brüsseler Konferenz wird sich folgendermaßen zusammensetzen: Am 24. September Eröffnung der Konferenz, vom 26. bis 28. September Auseinandersetzung über die allgemeine finanzielle Lage, vom 29. September bis 2. Oktober Feststellung der künftigen Finanzpolitik. Brand-England wird die Frage der Staatsfinanzen, Bischering die der Geld- und Wechselkurse behandeln, Jaspar-Belgien den internationalen Handel, Celier-Frankreich die internationale Kreditfrage besprechen. Vom 3. bis 5. Oktober werden Kommissionssitzungen abgehalten, und vom 6. bis 9. Oktober die Endergebnisse festgestellt werden.

Abreise der deutschen Delegierten nach Brüssel.

Berlin, 22. Sept. Die deutsche Delegation zur Finanzkonferenz verläßt heute abend Berlin, um sich nach Brüssel zu begeben. An ihrer Spitze steht Unterstaatssekretär Bergmann. Weitere Mitglieder sind: der Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft Urbig, der Vizepräsident der Reichsbank von Glasenapp, Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium. Als Sachverständige sind der Delegation Geheimer Hofrat Professor Dr. Lotz-München, Geheimer Oberfinanzrat Kauffmann von der Reichsbank und Geheimrat Dr. Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium beigegeben.

Die französische Presse zum Beginn der Brüsseler Finanzkonferenz.

Paris, 21. Sept. Das „Echo de Paris" und das „Journal" beschäftigen sich mit der übermorgen beginnenden Finanzkonferenz von Brüssel. „Echo de Paris" zeigt sich außerordentlich beunruhigt. Es erklärt zunächst, daß der ursprüngliche Zweck der Finanzkonferenz ohnehin fallen gelassen worden sei, da es nicht dazu kommen könne, die deutschen Anleihen auf dem Weltmarkt zu placieren. Aber das ist es nicht so sehr, was dem Blatte des Quai d'Orsay Bedenken schafft. Vielmehr ist es die Anwesenheit der bedeutendsten Finanziers der ganzen Welt, die sich in Brüssel zusammenfinden werden, und mit denen die deutschen Vertreter auf gleichem Fuße werden verkehren können. „Echo de Paris" fürchtet, daß jene deutschen Delegierten die Gelegenheit ausnützen werden, um durch ihre Lehren alle diese Finanziers zu beeinflussen; sie werden sie auf ihre Seite zu bringen trachten. Für Frankreich gebe es in Brüssel nur eins zu tun, in positiver Haltung abzuwarten, keine Wünsche nicht rasch aussprechen, keine Ziffern zu nennen, kein System vorzuschlagen, überhaupt nichts zu sagen, was man wolle und wie man es wolle.

Das „Journal" erklärt demgegenüber, daß die Finanzkonferenz von Brüssel nicht überflüssig sein werde. Allerdings würde der ursprüngliche Zweck nicht erreicht werden, da man wegen der schlechten Finanzlage Deutschlands und Österreichs die Entschädigungssummen, die sie zu bezahlen haben, auf dem Weltmarkt nicht werde begeben können. Aber das Büro des Völkerbundes habe recht daran getan, auf die Abhaltung der Brüsseler Finanzkonferenz zu bestehen, um dort unparteiisch die internationale Finanzlage zu besprechen. Natürlich werde man noch nicht in der Lage sein, die Höhe der von Deutschland zu bezahlenden Entschädigungssumme festzulegen, aber es werde sich Gelegenheit bieten, daß Vertreter von Ländern, die während des Krieges sich außerordentlich bereicherten, mit anderen zusammentreffen, die durch den Krieg ruiniert wurden. Die Finanzlage aller Länder müsse eingehend geprüft werden, sowohl die des inneren Haushalts wie der in- und auswärtigen Schulden, wie auch des Geldumlaufs, des Wertes seiner Währung und des Handels. Man werde Hilfspläne für jene Länder ausarbeiten, die durch den Krieg am ärgsten betroffen worden sind, und man werde jene Mittel in Erwägung ziehen, um in gerechter Weise Rohstoffe und unbedingt notwendige Waren zu verlaufen.

Die verschobene Genfer Konferenz.

Paris, 22. Sept. Die „Information", welche gute Beziehungen zu französischen Finanzkreisen unterhält, erklärte, daß die Konferenz von Genf zwar aufgeschoben wurde, daß aber ein Tag kommen werde, wo die alliierten Regierungen und die deutsche Regierung vor die Notwendigkeit gestellt sein werden, die Vorschläge der Finanzkonferenz in Brüssel zu prüfen. Es werde sich die Notwendigkeit herausstellen, die Frage der Entschädigungen auf einer eigenen Konferenz zur Entscheidung zu bringen.

*

Der Dank Hindenburgs.

Berlin, 22. Sept. (T.-U.) Generalfeldmarschall von Hindenburg veröffentlicht eine Danksagung, in der es u. a. heißt: Während meiner mehrwöchentlichen Abwesenheit von Hannover sind mir gelegentlich der Erinnerungstage von Tannenberg und Sedan sowie aus anderen vaterländischen Veranlassungen zahlreiche Grüße von Versammlungen, Vereinen und Einzelpersonen zugegangen. Überall hin bedanken Dank zu senden, geht über meine Kräfte. Ich bitte dies daher hiermit allgemein tun zu dürfen.

Großer Fabrikbrand in Dresden.

Dresden, 22. Sept. (T.-U.) Ein riesiges Schadenfeuer wütete in letzter Nacht in den Räumen der Wagen- und Automobilfabrik von Heuer in Radewerk. Das Feuer fand in den riesigen wertvollen Vorräten reichliche Nahrung, so daß in kurzer Zeit das ganze dreistöckige Fabrikgebäude ein Raub der Flammen wurde. Der Schaden beziffert sich auf etwa 1½ Millionen Mark. Die Zahl der beschäftigungslos werdenden Arbeiter beträgt etwa 100.

Beendigung des Hafenarbeiterstreiks in Lübeck.

Lübeck, 22. Sept. (T.-U.) Der hiesige Hafenarbeiterstreik wurde beendet. Die Arbeit soll heute morgen wieder aufgenommen werden.

Ein Notschrei des Saargebietes.

Berlin, 22. Sept. (WTB.) Eine Konferenz der sozialdemokratischen Abgeordneten und Gemeindevertreter des Saargebietes in Saarbrücken richtete an die Reichsregierung den dringenden Anruf, das gegen seinen Willen 15 Jahre losgerissene Saarvolk vor der wirtschaftlichen Abschnürung vom Mutterland tunlichst zu bewahren. An die Saarregierung wurde ein scharfer Protest gegen die Massenausweisungen gerichtet, ihre Zurücknahme gefordert und die nur zeitlich unterbrochene aber unlösliche Zugehörigkeit des Saargebiets zu Deutschland betont.

Tondern war und bleibt deutsch!

Tondern, 22. Sept. (T.-U.) Nachdem die ersten Schulkommissionswahlen für ungültig erklärt worden sind, fanden gestern die Neuwahlen statt. Auf die deutsche Liste entfallen sechs Mandate, während die Dänen nur einen Sitz erhielten.

Deutsch-dänischer Grenzzwischenfall.

Flensburg, 22. Sept. (T.-U.) In der Nacht vom Montag zum Dienstag hörte ein deutscher Grenzbeamter bei Krusau einen Schuß im Walde fallen. Er fand einen dänischen Grenzsoldaten schwerverwundet am Boden liegen. Der Schwerverletzte wurde nach Flensburg gebracht, wo er Dienstag gestorben ist. Auf dänischer Seite wird man wahrscheinlich versuchen, den Vorfall auf politisches Gebiet hinüberzuziehen.

Mord und Brandstiftung in Irland.

Amsterdam, 22. Sept. (WTB.) „Telegraaf" meldet aus London: Gestern wurde in Palbringa, 28 Kilometer von Dublin entfernt, ein Zuhelfer der irischen Polizei erwürgt und sein Bruder verwundet. Um Mitternacht rächte sich die Polizei, indem sie verschiedene Häuser der Stadt in Brand steckte, nachdem sie zuvor die Bewohner daraus vertrieben hatte; desgleichen wurde eine Wollfabrik und verschiedene Magazine vernichtet.

Der Reichspräsident besucht die deutsche Ostmesse.

Berlin, 22. Sept. (WTB.) Der Reichspräsident Ebert, der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmidt, der preußische Ministerpräsident Braun und der preußische Handelsminister Fischbeck werden die erste deutsche Ostmesse in Königsberg, die am kommenden Sonntag beginnt, besichtigen und ihrer Eröffnung beiwohnen. Vom 20. bis 24. September sind die Schnellzüge nach Königsberg für die Besucher der Messe verstärkt.

Die Volksabstimmung in Kärnten.

Klagenfurth, 22. Sept. (T.-U.) Nach näheren Anweisungen der Südslawen an ihre Vertrauensmänner soll am letzten Tage vor der Volksabstimmung der Terror derart verschärft werden, daß die Abstimmung unmöglich gemacht wird.

Kommunistenputsch in Aussig.

Prag, 22. Sept. (T.-U.) Gerüchten aus Aussig zufolge sollen dort alle öffentlichen Gebäude militärisch besetzt sein. Militärpatrouillen durchziehen die Straßen. Angeblich handelt es sich um einen Kommunistenputsch.

Zur Präsidentenwahl in Frankreich.

Paris, 22. Sept. (WTB.) Ministerpräsident Millerand empfing gestern abend eine Anzahl Politiker, die von ihm bezüglich seiner Erklärung die Versicherung haben wollten, daß diese Erklärung über die Revision der Verfassung keine Änderung in der inneren Politik darstelle. Millerand erklärte, er erachte die Änderung gewisser Artikel der Verfassung für notwendig, aber er habe immer im Auge, daß diese Revision nicht früher vorgenommen werden könne, bis die Lösung der großen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme erfolgt sei. Es sei nicht sein Ziel, die Autorität des Präsidenten zu vergrößern.

Demokraten und Sozialisten lehnen die Kandidatur Millerands ab.

Paris, 22. Sept. (WTB.) Die demokratische Linke, die Sozialisten, die Radikalen und die Radikal-Sozialisten haben gestern beschlossen, die Kandidatur Millerands abzulehnen und einen eigenen Kandidaten aufzustellen, über dessen Name heute Beschluß gefaßt werden soll. Leon Bourgeois wird neben Perel am meisten genannt.

Der Nationalfeiertag in Italien.

Rom, 22. Sept. (WTB.) Agenzia Stefani. Gestern abend brachten viele Vereine und Gebäude in eindrucksvollem Zuge mit vielen Fahnen vor dem Quirinal dem Könige Huldigungen dar. Die patriotische Kundgebung wiederholte sich auf der Piazza Colonna, wo die Klänge des Königsmarsches große Begeisterung hervorriefen. Die Stadt ist voll Leben. Viele Abordnungen aus der Provinz sind seit gestern angekommen, um an den patriotischen Feiern teilzunehmen. Gestern abend warf ein Flugzeug aus Fiume eine Botschaft d'Annunzios ab. In Brescia tagen seit gestern die Kriegsteilnehmer. Der Jubiläumstag wurde mit großen Kundgebungen gefeiert. In seiner Antwort auf die Glückwunschdepesche des Bürgermeisters sagte der König u. a.: Wir wollen in vertrauensvoller Arbeit uns der Förderung des bürgerlichen Fortschritts und der Ordnung hingeben und stets das Wohl Italiens voranstellen.

England und Italien gegen Frankreichs Gewaltherrschaft in Oberschlesien?

Die „Basler Nachr." erfahren, daß England und Italien einen Schritt bei der französischen Regierung unternommen haben, wobei sie die paritätische Aufteilung der Besatzungstruppen in Oberschlesien unter England, Italien und Frankreich verlangen.

Die Bestätigung dieser Meldung muß abgewartet werden. Sie hat indessen einige Möglichkeit für sich, da durch das französische Vorgehen in Oberschlesien Deutschlands Tätigkeit zur Wiedergutmachung beeinträchtigt wird und Italien und England keine günstige Gelegenheit haben, sich wie Frankreich durch Besetzung deutscher Gebiete schadlos zu halten.

Entspannung in Oberschlesien?

Aus Breslau wird berichtet: Seit General Lerond nach Paris abgereist ist, um über die Vorgänge in Oberschlesien zu berichten, macht sich eine gewisse Entspannung der Lage bemerkbar. Der Vertreter Lerondß, der italienische General de Marino, hat sich bereit erklärt, die Vertreter der Presse zu empfangen.

Bildung eines Beirates in Oppeln.

Beuthen, 22. Sept. Der Beirat bei der Interalliierten Kommission in Oppeln ist auf Grund des Beuthener Abkommens jetzt gebildet worden. Er besteht aus sechs Polen, zwei Zentrumsmitgliedern, einem Demokraten, zwei Sozialdemokraten und einem Volksparteiler.

Politische Uebersicht.

Österreich.

Volksabstimmung über den Anschluß in Österreich.

Wien, 21. Sept. Wie von einem führenden Parlamentarier berichtet wird, soll am 17. Oktober gleichzeitig mit der Wahl der Nationalversammlung eine Abstimmung über die Frage stattfinden, ob die Wähler Deutsch-Österreichs den Anschluß an Deutschland wollen oder nicht. Es ist das eine Forderung der Großdeutschen, der sich nunmehr auch die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten fügen wollen.

Italien.

Das Ende der italienischen Krisis.

Rom, 21. Sept. Der fünftägige Jahrestag der Einnahme Roms ist in diesem Jahre zum ersten Male als ein Fest der nationalen Einheit gefeiert worden. Am Vorabend der Feier endete die große soziale Krisis in einer vollen Niederlage der Industriellen vor dem Druck der Regierung. Die Arbeiter erhalten die Aufsicht über die Fabriken in technischer und finanzieller Beziehung. Eine Kommission aus je drei Mitgliedern der Industriellen und des Generalarbeiterverbandes, in der also die Extremen, Syndikalisten und weißen Gewerkschaften, letztere zur Unzufriedenheit der „Popolari", nicht vertreten sind, soll einen Gesetzesvorschlag ausarbeiten. Ferner erhalten die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 4 Lire, rückwirkend vom 15. Juli, und eine Woche Jahresferien. Die der Gewalttätigkeit angeklagten Arbeiter werden nicht entlassen, sondern nur in andere Fabriken versetzt. Mittwoch wird die Arbeit regelmäßig wieder aufgenommen. Der „Avanti" feiert den Ausgang als einen Sieg der Arbeiter, durch den eine Bresche in das Privateigentum geschlagen worden sei, äußert aber gelinde Sorge wegen des Agitationsstoffes der bürgerlichen Presse.

Frankreich.

Ehrung für den zurückgetretenen Präsidenten.

Paris, 21. Sept. In der Kammer verlas heute Präsident Peret die Botschaft Deschanels. Die Verlesung wurde wiederholt von Beifall unterbrochen. Peret hielt eine Lobrede auf Deschanel. Seinen Rücktritt bedauerten nicht allein diejenigen, die ihn zum Präsidenten gewählt hätten, sondern auch alle Franzosen. Sodann sprach Millerand und schloß sich Peret in der Ehrung Deschanels an. Am Schluß verlas Peret die Erklärung, welche die Nationalversammlung auf den 23. September einberuft und den nächsten Zusammentritt der Deputiertenkammer auf den 25. September festsetzt. Im Senat wurde die Botschaft Deschanels von Léon Bourgeois verlesen, die auch hier mit Beifall aufgenommen wurde. Hierauf hob Bourgeois die Verdienste Deschanels hervor. Der Justizminister brachte dem vorigen Präsidenten unter dem Beifall des Senats die Ehrung der Regierung dar. Auch der Senat wird zur Wahl des Nachfolgers des neuen Präsidenten der Republik am Sonnabend zusammentreten.

Schweden.

Die schwedischen Wahlen

zeigen einen starken Ruck nach rechts. Die drei Rechtsparteien gewinnen 17 Sitze und steigen damit auf 48. Die Liberalen sind von 42 auf 29, die Sozialdemokraten von 66 auf 65, die Linkssozialisten von 4 auf 1 Sitz zurückgegangen. Das Zünglein an der Wage bilden jetzt die Stimmenzähler die Liberalen. Da sie mit der Rechten nach ihren Erklärungen nicht zusammengehen wollen, ist trotz tiefgehender Meinungsverschiedenheiten in den Sozialisierungsfragen die Bildung einer liberal-sozialistischen Koalition wahrscheinlich. Da der neue Reichstag das vom alten Reichstag bereits in erster Lesung angenommene sehr radikale Wahlgesetz, das auch den Frauen das Wahlrecht gibt, angenommen hat, so ist mit Neuwahlen zu rechnen, sobald die dringendsten gesetzgeberischen Aufgaben erledigt sind.

*

Deutschland.

Programmrevision der Sozialdemokratie.

Während die Revolution vom November 1918 wenigstens äußerlich eine grundsätzende Wandlung der Parteiverhältnisse im bürgerlichen Lager herbeiführte, die neuen Deutschnationalen und die Deutschdemokraten zur Aufstellung neuer Parteiprogramme zwang, ist die Mehrheitssozialdemokratie zugleich mit den Unabhängigen in die veränderten Verhältnisse mit ihrem alten Erfurter Programm übergetreten. Das Erfurter Programm ist jetzt fast dreißig Jahre alt und hatte schon in seiner Geburtsstunde in manchen Punkte Friedrich Engels zur Kritik herausgefordert, obgleich es hinsichtlich der inneren Geschlossenheit und der Herausarbeitung der marxistischen Grundlehren gegenüber dem Gothaer Parteiprogramm der Sozialdemokratie zweifellos eines beträchtlichen Fortschritt im Parteiflusse bedeutete. Hatte aber die Entwicklung schon vor dem November 1918 dazu geführt, daß manches, was in ihm noch als Forderung formuliert war, mehr oder minder in die Praxis umgesetzt worden war, so ist das in noch unverhältnismäßig größerem Umfange seit dem Umsturz geschehen. Die Mehrheitssozialdemokratie hat Gelegenheit gefunden, sich an führender Stelle des Reiches im Sinne der Durchführung parteitaktischer Fragen einzusetzen, und auch in Zukunft wird sie nicht abgehalten werden können, innerhalb der Regierung für ihre politischen Anschauungen zu wirken. Eine neue Zeit erfordert aber auch eine neue Einstellung auf Dinge und Tatsachen. Seit der Verwandlung des monarchischen Deutschland in eine Republik, deren politisches Leben in der Weimarer Verfassung feste Gestaltung für eine weitere Zukunft gefunden hat, ist daher der Ruf nach einer Revision des sozialdemokratischen Programms immer lauter geworden, und er dürfte in absehbarer Zeit auf eine endgültige Erfüllung drängen, besonders wenn nach dem großen „Reinemachen" im unabhängigen Lager auf diesem Flügel das Sozialismus neue Grundsätze aufgestellt worden sind. Die führenden Persönlichkeiten der Mehrheitssozialdemokratie sind daher aufgefordert worden, ihre Vorschläge und Gutachten für Frage niederzulegen, und soeben sind die so entstandenen Aufsätze in einer Broschüre gesammelt im Verlage des „Vorwärts" erschienen. Der schmale Band ist auch für Politiker anderer Richtung von großem Interesse, denn es bleibt in ihm keine Frage, die uns zurzeit beschäftigt, ohne eingehende Behandlung. Auch wenn daher die Sozialdemokratie nicht etwa gleich morgen oder übermorgen neues Programm formuliert, wird man ihre Erörterungen über das Thema schon aus dem Grunde mit großem Interesse verfolgen, weil es über den Tag hinaus eine allgemeine Bedeutung besitzt.

Ein sozialdemokratischer Wunschzettel.

Auf 16 Druckspalten des „Vorwärts" sind am Sonntag für den sozialdemokratischen Parteitag in Kassel die Anträge der Organisationen veröffentlicht worden. Als besonders bemerkenswert seien hier hervorgehoben: Hamburg verlangt alljährliche Veröffentlichung der Anwesenheitslisten des Reichstags und der Landesparlamente, „damit die Wähler säumige Abgeordnete zur Rechenschaft ziehen können". Dresden-Land fordert die Entfernung von Angestellten und Beamten in leitenden Stellen, „die Gegner der Zwangswirtschaft sind", dagegen erklärt Hoisbütteln: „Die Zwangswirtschaft hat vollkommen versagt." Pommern erklärt: „Die Organisierung der Kleinbauern ist eine zwingende Notwendigkeit." Stade will nichts wissen von der Wahl von Parlamentariern in den Parteivorstand, weil dadurch entweder die Arbeit im Parlament oder im Vorstand leiden muß. Stade beantragt deshalb, daß im Vorstand nur zwei Genossen, die als Parlamentarier tätig sind, anwesend sein dürfen". Mehrfach wird eine Einigung der sozialdemokratischen Gruppen verlangt, „wenn dieses sich nicht anders erreichen läßt, dann durch eine über die Köpfe der Führer hinweg vorgenommene Urabstimmung, damit es ermöglicht ist, zu gegebener Zeit eine rein sozialistische Regierung zu bilden". Bonn fordert die Erhöhung des steuerfreien Einkommens von 1500 auf 6000 M, Sörup sogar auf 10 000 M. Glabbach möchte die Sozialisierung „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln beschleunigen, und zwar möglichst ohne Entschädigung der gegenwärtigen Besitzer". Hamburg fordert die Einrichtung von Nervenheilstellen und ihre Besetzung mit Sozialdemokraten — Männern und Frauen — in den maßgebenden Ämtern, um „dem reaktionären Treiben arbeiterfeindlicher Elemente rechtzeitig größere Beachtung zu schenken und energischer entgegen zu treten wie bisher". Wehrstedt deklariert: „Die Wissenschaft hat uns bewiesen, daß sie nichts weiß; die Akademiker und Wissenschaftler tragen die Hauptschuld an der Zersplitterung der Arbeiterklasse." Die Wehrstedter beantragen deshalb: „Die Kandidaten zu den Parlamenten sollen prozentual so verteilt werden, daß nicht die Akademiker den größten Teil der Sitze einnehmen; die Mehrzahl muß aus Arbeitern bestehen." Aus Bad Berka kommt der Antrag, „zunächst" 100 Volkshochschulheime zu schaffen und die Gebäude für sie dadurch zu schaffen, daß „dem Reiche durch Gesetz das Recht verliehen wird, Besitztum, die mehr als 4 Schlösser oder 4 größere Güter (über 1000 Morgen) ihr Eigen nennen, eine Besitzung zu entziehen, sofern keine Schenkung erfolgt. Eine Entschädigung an die Eigentümer soll nicht gezahlt werden". Wehrstedt beantragt: „Diejenigen Parteigenossen, welche ein öffentliches Amt bekleiden, wie Bürgermeister, Landräte, Stadträte usw., dürfen vorläufig nicht aufgestellt werden, da dieselben in den eigenen Ämtern unentbehrlich sind. Die Genossen, welche ein öffentliches Amt bekleiden, haben schon jetzt auf ihre Reichs- oder Landtagsmandat zu verzichten." Dann müßten wir allen die sozialdemokratischen Minister ihre Mandate niederlegen. Das wäre eine eigenartige Auffassung des Parlamentarismus.

Zur Ulmer Tagung der demokratischen Reichstagsfraktion

sind, wie wir hören, außer den badischen, württembergischen und bayerischen Landtagsabgeordneten auch die hessischen eingeladen worden. Ferner ist an die demokratischen Minister aller genannten süddeutschen Länder eine Einladung ergangen. Die gemeinsame Sitzung der Reichstagsabgeordneten mit den süddeutschen Kollegen ist für Sonnabend in Aussicht genommen. Reichsminister Koch wird einen kurzen einleitenden Vortrag über die politische Lage halten. Auf der Tagesordnung stehen die Stellungnahme zu der Mittwoch und Donnerstag Besprechung der politischen Lage und der Sozialisierungsvorschläge, außerdem Beratungen über die Finanzlage und Abbau der Zwangswirtschaft und die Stellung der Demokraten in der Regierung sowie zu den anderen Parteien.

Eine Selbstverständlichkeit.

Der demokratische Landtagsabgeordnete Ommert hat in der am jüngsten recht unglücklichen letzten Sitzung des Preußischen Landtags bei der Besprechung der Saarfrage unwillkürlich die eindrucksvollste Rede gehalten. Er hat sich in gleich energischer Weise gegen gewisse Querintreibereien auf deutscher Seite, wie gegen die vaterlandsfeindliche Politik der U. S. P. D. im Saarrevier ausgesprochen; es ist nicht verwunderlich, daß er nun von den Angegriffenen heftig zur Rede gestellt wird. Wohl aber muß man sich über die Scheinfreude der deutschnationalen Zeitungen wundern, die in ihm, als ob sie einem Demokraten ein derartiges energisches Auftreten gar nicht zugetraut hätten. Die Anhänger der demokratischen Partei, und namentlich die demokratischen Abgeordneten, haben es in nationalen Fragen nie an der notwendigen Entschiedenheit fehlen lassen; daß sie dabei die nationalistischen Vaterlandsschädigenden Treibereien der Deutschnationalen bekämpften, war ihre Pflicht. Dieser Pflicht werden sie auch in Zukunft treu bleiben.

— **Vorbildliche Opferbereitschaft.** Der in Hannover abgehaltene Provinzialparteitag der U. S. P. hat einen Antrag angenommen, der die Parteigenossen verpflichtet, „mindestens einen Geschäftsanteil von 20 M zu erwerben". Dabei bezahlt jedes Mitglied der U. S. P. einen wöchentlichen Beitrag von 4 M. Wie lange wollen sich die demokratischen Bürger an Opferwilligkeit von den radikalen Arbeitern übertreffen lassen?

— **Deutschnationale Judenreinigung.** Der deutschnationale Parteitag für Hinterpommern verlangte nach einem Referat des Herrn Wulle ein schärferes Vorgehen der deutschnationalen Volksparteiler in der Judenfrage. Es wurde auch beschlossen, daß kein Jude, Judenabkömmling und mit Juden Verwandter ein Parteiamt bekleiden dürfe. Herr Wulle läßt sich also nicht damit genügen, daß er bei den letzten Reichstagswahlen Herrn Jonas in der Kandidatur ausgestochen hat, der sich bekanntlich früher unvorsichtigerweise gegenüber fortschrittlichen Parteigenossen der jüdischen Abstammung seiner Frau gerühmt hatte. Ebensowenig ist Herr Wulle mit der Beseitigung der Frau v. Gierke zufrieden, die eine jüdische Mutter hatte. Jetzt gelüstet es ihn nach Höherem. Die Herren Delbrück und Graf Westarp sollen ihre Reichstagsmandate niederlegen. Der eine hat einen jüdischen Schwiegersohn, dem anderen macht man zum Vorwurf, daß er eine Schwägerin jüdischer Abkunft besitzt. Wenn freilich erst die genaue Blutuntersuchung einsetzen würde, dann könnte es um Herrn Wulle recht einsam werden.

Provinz und Nachbarländer.

b. **Bernburg, 22. Sept. In den Steinbrüchen Bernburg-**Gröna—Aberstedt ist ein großer Teil der Arbeiter in den Ausstand getreten, weil die Unternehmer die ihnen von Demobilmachungskommissier zugeteilte rechnete 30 prozentige Lohnerhöhung ablehnen und nur 10 Prozent bewilligen wollen. Die Unternehmer erklären, die schlechte Lage auf dem Steinmarkt, wo der Absatz auf ein Zehntel des Friedensquantums zurückgegangen sei, lasse höhere Opfer nicht zu.

† **Magdeburg, 22. Sept.** Hier hat der Filmschauspieler Richter die 13jährige Tochter eines Ingenieurs erschossen und dann Selbstmord verübt. Unerlaubte Beziehungen zwischen den beiden war der Grund zu dieser Tat.

b. **Clausthal (Harz), 22. Sept.** Eine überraschende Aufklärung fand jetzt ein Diebstahl, bei dem im letzten Frühjahr dem Gutsbesitzer Schilling in Gutter die beiden Mutterschweine von der Weide gestohlen waren. Als die Spitzbuben von damals wurden der wohlhabende Hotelbesitzer R. von hier und seine beiden Söhne entdeckt, und zwar dadurch, daß sie die Felle der gestohlenen Tiere jetzt verkaufen wollten.

*

Garteninspektor Gerlach über die Schrebergartenbewegung.

Gelegentlich der am 18. September im Palmengarten zu Leipzig eröffneten Ausstellung „Garten und Haus" hielt Garteninspektor Hans Gerlach (Leunawerke) im großen Saale vortrefflich einen Lichtbildervortrag über das Thema: Der Schrebergarten, seine Gestaltung nach den Grundsätzen der Schönheit und Nützlichkeit und seine Eingliederung in das Städtebild.

Die Leipziger Schrebergarten-Verbände haben mit der Wahl des Herrn Gerlach einen guten Griff getan. Der als Autorität auf dem Gebiete des Siedlungswesens und der Kleingartengestaltung bekannte Fachmann ist selbst als Gartengestalter tätig; sind doch die von ihm geschaffenen Anlagen der Kolonie Rössen weit und breit als vorbildlich bekannt.

Der große Saal des Palmengartens vermochte die Menge der Zuhörer kaum zu fassen. Unter den erschienenen Gästen war auch ein Vertreter des Kultusministeriums, wie auch Abgeordnete der Landesbehörden und der Stadt Leipzig zu sehen. Herr Gerlach wies in seinem durch Lichtbilder unterstützten Vortrag zuerst auf die allgemeine Bedeutung des Kleingartenbaues hin, ging dann auch näher auf die praktische und künstlerische Ausgestaltung der Gärten ein, die Gestaltung Bepflanzung Gruben, Bänke, Einzäunungsstore und sonstiges Bauliche. Bauliche Einrichtungen wurde dabei nicht vergessen. Wie auf dem Gebiete der Baukunst bereits Typen und Normen für Siedlungsbauten festgelegt sind, so empfahl Redner auch für die Gestaltung der Nutzgärten die Anwendung von Normen hinsichtlich der Planzweise der Obstbäume, Gebüsche und der Baulichkeiten usw. Der Wilhelm-Schmidt-Garten in Merseburg wurde hierbei im Lichtbild gezeigt, und als gutes Musterbeispiel hingestellt. Inspektor Gerlach sprach auch über die Bedeutung des Gartenbaues für die Jugend. Schon das Kind muß mit dem Wesen und Werden der Pflanze und des Gartens vertraut gemacht werden. Der in einigen Schulen bereits eingeführte gartenbauliche Unterricht muß obligatorisch an der sommerhandelsfreien Schule eingeführt und dort an Stelle von einem geschulten Gartenfachmann zu erteilende Unterricht an Ort und Stelle im Schulgarten erteilt werden. Eine vorbildliche Schulgartenanlage, wie sie für die Kinder der Leunawerke vorgesehen ist, wurde im Lichtbild gezeigt und eingehend erläutert. — Die Ausführungen des Herrn Gerlach wurden mit großem Beifall aufgenommen. Mögen seine Anregungen auf fruchtbaren Boden fallen, und der Kleingartenbau die ihm gebührende Beachtung finden. Cyrenius, Friedhof-Inspektor-Halle.

Merseburg und Umgegend.

22. September.

** **Die Waffenablieferung** ist, wie überall im Reiche, auch in Merseburg rege. Bei der hiesigen Sammelstelle (Firma Heinrich Bode Nachf.) sind bis zum 21. d. M. 8 vollständige Maschinengewehre, 83 Gewehre und Karabiner, 8 Armeerevolver und Pistolen, ca. 3118 Patronen, 7 Gewehrläufe, 8 Maschinengewehrläufe, 5 Maschinengewehrschlösser, verschiedene Zünder und Eierhandgranaten abgeliefert worden. Die abgegebenen Waffen werden sogleich vor den Augen des Überbringers vernichtet bezw. unbrauchbar gemacht und die Prämie bar ausgezahlt.

** **Neue Darlehnskassenscheine.** Aus Berlin wird mitgeteilt: Die Reichsschuldenverwaltung beginnt demnächst mit der Ausgabe von neuen Darlehnskassenscheinen zu 2 Mark vom 12. August 1914, die an Stelle des roten Nummern- und Stempel-Aufdrucks einen solchen aus blauvioletter Farbe tragen. Die sonstige Ausführung der 2-Mark-Scheine ist unverändert geblieben.

** **Verbilligung der bänischen Butter?** Wie die „Times" meldet, hat die britische Regierung mit der belgischen und der deutschen Regierung beim Ankauf dänischer Butter zusammengewirkt, um den Preis für die Verbraucher in jedem Lande so niedrig wie möglich zu halten. Das wäre in der Tat sehr erwünscht und wäre endlich einmal eine vernünftige Betätigung der erwähnten Mächte, wenn sie zusammenwirken wollten, um die Ausbeutung der Bevölkerung durch Wucher gemeinsam zu verhindern.

** **Keine Halbenbestände im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.** Man schreibt uns: Durch die durch die Presse gegangene Notiz „Kohlen an jerdermann" sind große Hoffnungen in weite Kreise der Bevölkerung getragen worden. Es erweckt den Eindruck, als ob durch die Reichskohlenstelle große Mengen von Kohlen den Verbraucherkreisen vorenthalten würden. In der Notiz handelt es sich um ein bahnentfernt liegendes Werk (Goldenstedt), das in erster Linie auf den Landabsatz angewiesen ist. Durch die starke Inanspruchnahme der Landwirtschaft während der Ernte geriet der Landabsatz in Stockung. Dadurch erhöhte sich der Stempelverband des Werkes auf etwa 10 000 Zentner Rohkohle und nicht, wie in den Zeitungen angegeben, auf hunderttausende von Zentnern. Um dem Werk die Beschaffung der Lohngelder zu erleichtern und um Arbeiterentlassungen vorzubeugen, hat sich die Kreiskohlenstelle Sangerhausen veranlaßt gesehen, auf die lagernden Rohkohlenmengen hinzuweisen. Die Abgabe kann natürlich nur auf Bezugschein erfolgen. Es handelt sich um einen in örtlichen Verhältnissen begründeten Ausnahmefall, während auf den übrigen Werken des Mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues Halbenbestände nicht vorhanden sind.

** **Kriegsbeschädigte und Krankenkassen.** Man schreibt uns: Die Verhandlungen des Reichsarbeitsministeriums mit den Krankenkassen, bezüglich der Durchführung der Heilbehandlung der Kriegsbeschädigten gemäß dem neuen Reichsversorgungsgesetz stehen kurz vor dem Abschluß. Sobald als möglich soll dann der Forderung des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Berlin, Große Frankfurter Straße 53 I, stattgegeben werden, diese besonders für die Schwerbeschädigten überaus wichtigen Bestimmungen in Vollzug zu setzen. Der Zentralverband hat die Reichsregierung wiederholt auf die traurige Lage dieser Kriegsverletzten hingewiesen, welche zwar aus dem Lazarett entlassen sind, aber nach lange sorgfältige ärztliche Behandlung und Arzneien, oft auch Badekuren oder Erholungsaufenthalte benötigen, um ihr aus dem Kriege mitgebrachtes Leiden zu heilen. Die spärlichen Renten setzten sie hierzu nicht instand, auch erscheint es als selbstverständliche Pflicht des Staates, die Heilbehandlung für diese Leiden zu übernehmen.

** **Notimpfung gegen die bösartige Form der Maul- und Klauenseuche.** Die Landwirtschaftskammer zu Halle macht wiederholt darauf aufmerksam, daß sich noch nicht den in der Praxis gesammelten Erfahrungen Todesfälle infolge der Maul- und Klauenseuche durch eine rechtzeitig ausgeführte Impfung nach dem bayerischen Verfahren in angesteckten Beständen verhindern lassen. Der Impfung können Rinder (auch Kälber), Schafe, Schweine und Ziegen unterzogen werden. Jeder praktische Tierarzt ist in der Lage, das erforderliche Impfstoff zu Seuchentierzen, die seit 1—2 Wochen abgeheilt sind, zu gewinnen. Die Blutentziehung ist unschädlich und liegt im Interesse der Allgemeinheit. Die Landwirtschaftskammer bittet die Besitzer durchseuchter Bestände dringend, diese auf Anforderung zur Blutentnahme zur Verfügung zu stellen. Mit dem Impfstoff darf kein Handel getrieben werden.

** **Abgabe von Stuten an den Feindbund.** Nachdem seit Mitte Mai die Vorstellung von Stuten vor den Feindbundkommissionen auf Anordnung der Regierung ruhten, weil die Kommissionen Ansprüche stellten, welche von uns auch beim besten Willen nicht zu erfüllen waren, hat man nunmehr diese Vorstellungen wieder aufgenommen. Soweit es sich dabei die für solchen Zweck hervorgemusterten Tiere handelt, kann die Abgabe demnächst als beendet angesehen werden. Leider ist damit noch nicht annähernd das Lieferungssoll der Provinz erfüllt. Die Provinz Sachsen soll 4700 Stuten und etwa 85 Hengste abliefern. Von diesen 4700 Stuten sind zurzeit nicht wesentlich mehr als ein Drittel zur Ablieferung gelangt und die Gemüthlichkeit ist noch fast gar nicht durch Lieferung gemindert. — Da bei den Ansprüchen der Feinde auf dem Wege der Umlage und Enteignung auch bei Fortnahme der letzten und wertvollsten Stute dieses Lieferoll aus den Beständen der Provinz nicht zu beschaffen war, so hat man sich in der Hauptkommission für die Abgabe an den Feindbund nunmehr entschlossen, den Lieferoll durch den Handel auffüllen zu lassen. Eine zweite Umlage und Beschlagnahme findet also nicht statt und kein Landwirt kann in Zukunft gezwungen werden, seine Stute abzugeben, vorausgesetzt, daß er die seinerzeit ausgemusterten Tiere abgeliefert hat. Der Verkauf ist nun freiwillig und irgendwelche Hinweise auf eine etwa Beschlagnahme, wenn der Landwirt nicht freiwillig verkaufen will, sind als gegenstandslos unbeachtet zu lassen.

** **In der Mittelstandsküche** (Schlachgartenesalon) ist in vergangener Nacht ein Einbruch verübt worden. Gestohlen wurden vor allem Lebensmittel und Wäsche. Die Täter blieben unermittelt.

** **„Der Mann" der Hausfrauen von Hamelin** ist aus vielhundertjährigem Schlafe erwacht. Die Fortschritte der neuen Zeit und die Revolutionen sind nicht spurlos an ihm vorübergegangen. Seinen bunten Rock von anno dazumal hat er mit einem einfarbigen vertauscht. Anstatt des roten, wunderlichen Hutes leistete er sich eine Butterblume, die jedoch nicht weniger wunderlich wirkte. Bis zu Stiefeln und Schuhen konnte er es aber doch noch nicht bringen. So ging er gestern nachmittag gegen 5 Uhr durch unsere Stadt und lockte eine Schar Kinder hinter sich her, denen er leider nichts auf seiner Geige vorspielen wollte. Das ist der moderne Straßenmusikant!

** **Kurzschrift.** An dem Anfängerlehrgange des Stenographen-Vereins Merseburg-Schrea nehmen neue Damen und Herren teilnehmen. Nächste Stunde Donnerstag den 23. September, abends ½8 Uhr im Restaurant „Ratshäuser", Steinstraße 4.

*

Die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen-Anhalt im August 1920.

Die Arbeitsmarktlage im Monat August war dem Vormonat gegenüber insofern fester, als Betriebseinstellungen und -einschränkungen seltener waren. Verschiedene Betriebe haben sich mit gutem Erfolg auf andere Fabrikationszweige umgestellt. Die unbedeutende Zunahme der Erwerbslosen ist hauptsächlich auf das Nachlassen der Bautätigkeit zurückzuführen.

Erwerbslosenunterstützung bezogen im Regierungsbezirk Magdeburg 3601 (Vormonat 3805), im Regierungsbezirk Merseburg 538 (536), im Regierungsbezirk Erfurt 1605 (1381) und in Anhalt 41 (30), zusammen 6046 (5752).

Mit Beendigung der Körnerernte sank der Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitern. Diese wurden erst gegen Ende des Monats für die Hackfruchternte stärker verlangt. Sehr gesucht waren weibliche Arbeitskräfte, während die Unterbringung Verbleibtreter wie bisher Schwierigkeiten bereitete. Hervorzuheben sind mehrere Vermittlungen von Schweizern, für die sich nur selten Stellen finden. Der Bergbau war sehr aufnahmefähig für unbelastete Arbeiter. Es waren nicht die offenen Stellen zu besetzen, weil berufsfremde Arbeiter sich schwer an die Arbeit unter Tage gewöhnen können und daher häufig die Arbeit im Bergbau wieder aufgeben. Der Mangel an Häuern und Förderleuten konnte nur zum Teil behoben werden. In der Steinindustrie machte sich die Absatzstockung stärker fühlbar. In der Metall- und Eisenindustrie ging die Zahl der Arbeitsuchenden zurück, weil mehrere Betriebe sich auf andere Erwerbszweige — Reparaturen von Maschinen, Schreibmaschinenfabrikation — umstellten und bald Arbeitskräfte brauchten. Das Angebot von Schlossern ist aber noch immer groß. Betriebseinschränkungen erfolgten in der Waffenindustrie und in Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen. Die chemische Industrie, die bisher der beste Wunschmer zeigt und dem Arbeitsmarkt war, schränkte die Nachfrage nach Arbeitskräften ein. Die Textilindustrie blieb infolge neuer Lieferungsaufträge von Betriebseinschränkungen verschont, hatte aber keinen Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200922-10/fragment/page=0002

darf an Arbeitern und Arbeiterinnen. Die Beschäftigtenziffer in der Holz- und Schnitzstoffindustrie waren etwas günstiger als im Vormonat, mit Ausnahme der Korbmacherei. Diese können bald nicht mehr arbeiten, weil die Weidenruten so teuer geworden sind, daß ihre Verarbeitung nicht mehr lohnend ist. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe hielt die leichte Besserung der Arbeitsmarktlage an. Die Arbeitsuchenden nahmen nur unbedeutend zu, während sich die offenen Stellen fast verdoppelten. Einige Tabakfabriken mußten Kurze Zeit wegen Rohstoffmangel die Arbeit aussetzen, wodurch der weibliche Arbeitsmarkt vorübergehend belastet wurde. Die Gesundung der Schuhindustrie schritt erfreulicherweise fort, so daß die meisten Fabriken die verkürzte Arbeitszeit aufgeben konnten. Das Angebot von Schneidern entsprach der Nachfrage, während der Bedarf an Friseuren und Friseusen nicht gedeckt werden konnte. Unverändert schlecht blieb die Arbeitsmarktlage der graphischen Gewerbe. Infolge Steigerung der Papierpreise gingen die Aufträge auf Druckarbeiten so zurück, daß Neueinstellungen von Arbeitskräften den Druckereien unmöglich waren. Das Nachlassen der Bautätigkeit verminderte die Nachfrage nach Maurern und erhöhte stark das Angebot der Bauhilfsarbeiter. Der kaufmännische Arbeitsmarkt wurde durch die entlassenen Angestellten der Reichs- und Staatsbehörden überlastet. Nur besonders gut bewertete Kräfte fanden als Buchhalter unter, Stenotypistinnen und Stenotypistinnen fehlten. Die Arbeitslosigkeit unter den ungelernten Arbeitern nahm erheblich zu. Sie läßt sich nur durch Bereitstellung umfangreicher Notstandsarbeiten eindämmen. Trotz des Mangels an Fabrikarbeit waren die Bewerbungen weiblicher Arbeitskräfte um Dauer- und Hilfsstellen im Haushalt völlig unzureichend.

*

Die Kartoffelversorgung Merseburgs

bildete in der gestern nachmittag einberufenen Sitzung der Preisprüfungskommission, zu der die hiesigen Kartoffelhändler besonders eingeladen waren, den äußerst wichtigen Verhandlungsgegenstand. Von Seiten des Magistrats waren außer dem Vorsitzenden der Kommission, Stadtrat Wölfel, anwesend Bürgermeister Dr. Mosebach und Stadtrat Langer. Letzterer als zuständiger Dezernent ergriff zogleich das Wort zu einigen Ausführungen über den Standpunkt des Magistrats, die sich mit folgender uns von zuständiger Seite zugänglich gemachten Antwort auf das Eingesandt in Nr. 210 unserer Zeitung deckten:

Freie Kartoffelversorgung.

Das Reich hatte in diesem Jahre die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln davon abhängig gemacht, daß die Landwirtschaft durch Abschluß von Verträgen die Lieferung von 120 Millionen Zentner Speisekartoffeln sicherstellte. Über die darüber hinaus vorhandenen Kartoffeln sollte die Landwirtschaft verfügen können.

Die Kommunalverbände hatten gleichzeitig ihren Bedarf der Reichskartoffelstelle anzumelden, die ihrerseits die vertraglich sichergestellten Kartoffeln den anmeldenden Verbänden zuweist.

Die Stadt Merseburg meldete schon im Juni 1920 ihren voraussichtlichen Bedarf an Speisekartoffeln von 60 000 Zentnern an, weil es nach dem Gutachten Sachverständiger der städtischen Bevölkerung voraussichtlich nicht gelingen würde, ihren großen Bedarf an Kartoffeln im freien Handel zu decken, und weil sich die Stadt nicht der Gefahr aussetzen durfte, ohne jede Kartoffelreserve in den Winter hineinzugehen.

Die Reichskartoffelstelle hat daraufhin die Kreise Merseburg und Querfurt zur Sicherstellung des angemeldeten Bedarfs der Stadt Merseburg angewiesen. Der Landwirtschaftliche Konsumverein in Merseburg hat für den Kreis Merseburg allein 31 000 Zentner Kartoffeln an die Stadt Merseburg zu liefern.

In Ausführung dieser Lieferpflicht hat sich deshalb der Landwirtschaftliche Konsumverein in Merseburg an die Kartoffelerzeuger des Kreises mit dem Ersuchen gewendet, die seinerzeit von den Landwirten dem Kreise vertraglich sichergestellten Kartoffeln zur Erfüllung dieses Vertrages nunmehr abzuliefern.

Der Preis für diese Kartoffeln ist vom Reiche auf 30 ℳ für den Zentner festgesetzt. Dazu treten noch die festgesetzten Zuschläge von zusammen 2 ℳ für den Zentner, sowie die Frachten, Verlust durch Schwund, Fäulnis, Unfuhr, Arbeitslöhne und Aufschlag für die Kleinhändler.

Die Abnahme, Lagerung und Verteilung hat die Vereinigung der örtlichen Kartoffelhändler übernommen, zu deren Geschäftsführer der Kaufmann Kurt Lehmann von Leipzig bestellt ist.

Die Stadtverwaltung hatte nur die Wahl, den großen Bedarf der städtischen Bevölkerung entweder durch Vermittelung der Reichskartoffelstelle sicherzustellen oder die Versorgung dem freien Handel zu überlassen.

Da der örtliche Handel aber nach gründlicher Erörterung der bestehenden Schwierigkeiten erklärte, die sichere Gewähr für eine ausreichende Versorgung der städtischen Bevölkerung unter den augenblicklichen Verhältnisse allein nicht übernehmen zu können, blieb nichts anderes übrig, als die vom Reiche durch Lieferungsverträge mit der Landwirtschaft abgeschlossenen Kartoffeln in Anspruch zu nehmen. Die Lieferungen werden bereits in den nächsten Tagen aufgenommen. Die örtlichen Kartoffelhändler nehmen jederzeit Bestellung auf Lieferung solcher Kartoffeln entgegen. Daneben steht es jedem frei, sich seinen Bedarf an Speisekartoffeln beim Erzeuger unmittelbar oder anderweit im freien Handel einzudecken. Wie die Verhältnisse liegen, wird das aber auch zu einem niedrigeren Preise, als dem für Vertragskartoffeln, nur schwer möglich sein. Auf jeden Fall wird dringend geraten, die Bestellung auf Kartoffeln schon jetzt vorzunehmen, damit den Organisationen der Landwirtschaft und des Handels eine geordnete Anfuhr und Verteilung der Kartoffeln vor Eintritt der Frostperiode möglich ist.

Ein Vertreter des Ortskartells wandte sich äußerst scharf gegen den regierungsseitig festgesetzten Höchstpreis von 30 ℳ, den er als Wucher in Kleinkultur bezeichnete und wandte sich gegen den Landwirtschaftlichen Konsumverein wegen seiner Aufforderung nur zu tun zum Preise von 32 ℳ zu liefern. Die Landleute seien überall mit 12—16 ℳ zufrieden. Wenn hier keine Wandlung geschaffen würde, so würde das Ortskartell in Verbindung mit dem Gewerkschaftskartell eingreifen, wie es in Zöllnitz zu gutem Erfolge geführt hat. Während Stadtrat Wölfel darauf hinwies, daß in vielen Kreisen die Landwirte billiger liefern, erklärte ein Kartoffelanbauer, daß er selbst Gegner der außerordentlich hohen Preise sei. In Anbetracht der Preise für die eigene Wirtschaft aber könne der Landwirt unter 30 ℳ kaum liefern, worauf sich eine kurze heftige Debatte entfachte. Von Seiten des Ortskartells wurde noch einmal mit Gewaltmaßregeln gedroht, die man, wie anderweitig, im Verein mit den Eisenbahnern durchführen will, um billige Preise zu erzwingen. Andererseits sind beim Ortskartell aus einem anderen Kreise die Kartoffeln mit 21 ℳ der Zentner angeboten worden, von denen man soviel wie möglich herbeischaffen will. In der Aussprache wurde u. a. auch auf die ehe Haltung der Landwirte im Kreise Jüterbogk hingewiesen, die einen Teil der Kartoffeln für die ärmeren Schichten gratis liefern. Stadtrat Langer verteidigt die Haltung des Landwirtschaftlichen Konsumvereins, der die Landwirte nicht zum Festhalten an dem Preis, sondern zur Erfüllung ihrer vertraglichen Lieferpflichten gemahnt habe, und die Stellung der Stadtverwaltung, die ihr Möglichstes getan habe, um Kartoffeln überhaupt zu erhalten. Dr. Mosebach warf die Frage auf, ob man den Vertrag hätte unter den Tisch fallen lassen und ohne Reserve in den Winter hinein gehen solle. Ihm erwiderte ein Vertreter der Konsumenten, daß man dagegen nichts einzuwenden habe, aber die Stadt solle versuchen, auch höhere Kartoffeln hereinzubekommen, um dadurch eine allgemeine Verbilligung zu erzielen.

Schließlich einigte man sich, von einer Richtpreis-Festsetzung für Kartoffeln abzusehen und setzte nur die Händlerzuschläge fest: Beim Verkaufe ab Bahnhof 1,50 ℳ, frei Keller 3,50 ℳ je Zentner; beim Verkauf unter ½ Zentner 6 ℳ je Pfund. Der letztere Preis gilt bis auf weiteres. Nach ½7 Uhr fand die Sitzung ihr Ende.

Es sollte doch versucht werden, durch Vermittelung des Landratsamtes mit den ländlichen Vereinen eine Einigung dahin zu erzielen, daß die Landwirte von dem vereinbarten Höchstpreis etwas nachlassen. Dann bleibt der Preis so, wie er ist, dann wird er, wenn nicht noch ernstere Ereignisse eintreten — eine weitere Steigerung der Löhne und Materialien zur Folge haben, unter der nicht zuletzt auch der Landwirt zu leiden hat. Die Kartoffel ist heutzutage das Rückgrat unserer Ernährung und wir hoffen, daß unsere Landwirte sie soviel geleistet haben während der schweren Kriegszeit, uns im kommenden Winter, dem schwersten für unser Vaterland vielleicht, unsere städtische Bevölkerung um das Verdienstes willen nicht hungern lassen! G.

Tageskalender.

Donnerstag. Haus- und Grundbesitzer-Verein Versammlung im Strandschlößchen. — Reichsvereinigung ehem Kriegsgefangener außerordentliche Mitgliederversammlung im Casino.

Briefkasten der Schriftleitung.

Anfrage G. K. Der Wohnungsinhaber ist nicht verpflichtet, Kleider und Gepäck seiner Untervermieter und Schlafburschen gegen Feuer zu versichern. Das haben die Eigentümer — also Untervermieter und Schlafburschen — selbst zu tun. Demnach kann auch der Untervermieter den Wohnungsinhaber für verbrannte Sachen nicht haftbar machen.

---

§ Leuna, 22. Sept. Der Zweckverband Leuna hält am Sonnabend vormittag längerer Zeit wieder eine Sitzung ab. Die Tagesordnung wird in der heutigen Ausgabe veröffentlicht.

§ Burgliebenau, 22. Sept. Die Niebeckschen Montanwerke A.-G. in Halle nehmen augenblicklich nördlich von Lochau und bei Döllnitz Bohrungen vor, da dort mächtige und weit ausgedehnte Kohlenflöze vermutet werden.

§ Benkendorf, 22. Sept. Kürzlich erbrachen Diebe in der Nacht den in der Nähe des Bahnhofs liegenden Stall des Stationsleiters Hermann Müller und entwendeten die beiden, reichlich je 1 Zentner schweren Schweine, sämtliche Kaninchen und die besten und größten Hühner und Gänse. Nur von diesen ließen sie die jungen zurück. Die an sich sehr guten Morgen angestellten Nachforschungen ergaben, daß die Schweine feitwärts des Bahndammes abgeschlachtet worden waren, die Därme waren dort zurückgelassen worden. Der herbeigerufene Polizeihund fand die Spur nicht; anscheinend ist die Diebesbeute von da per Auto oder Wagen abtransportiert worden. In der Freitagnacht gegen 1 Uhr wurde der Bewohnerin durch Geräusch wach, er sah zum Fenster seiner eine Treppe hoch liegenden Wohnung herab. Da wurde er mit vorgehaltenem Revolver aufgefordert, die Ziege, welche die Spitzbuben in der vorherigen Nacht nicht mitnehmen konnten, herauszugeben. Auf seine Bemerkung, daß das Tier nicht mehr im Grundstücke sei, verschwanden die frechen Gastrone.

§ Merseburg, 22. Sept. Gestern vormittag geriet ein Radfahrer Ecke Naumburger Straße in ein Geschirr des Rittergutes Raschwitz, das, mit Getreide beladen, zur hiesigen Bahnstation fuhr. Der Arzt stellte eine schwere Verletzung der Beine fest. Die hiesige Sanitätskolonne griff schnell ein und brachte den Schwerverletzten nach Merseburg ins Krankenhaus. Der Verursachte ist der Bezirksmeister Hellmuth aus Köthen.

g. Aus der Elster- und Luppenaue, 22. Sept. Die Herbstzeitlose blüht! In überreicher fast zu verführerischer Pracht und Menge hat sich auf unseren Auenwiesen die Herbstzeitlose nach den ersten kalten Nächten entfaltet. Zeitiger wie alles in diesem Jahre ist sie bereits gekommen, um die abgeernteten und trockenen Wiesen als einzige Blume noch zu beleben. So schön aber der Anblick wirkt, so gefährlich ist bekanntlich die hübsche Blume. Darum Eltern und Lehrer, warnt die Kinder vor diesem trügerischen Kind der Flora!

*

Im Amtsblatt der Kreisverwaltung,

das der heutigen Ausgabe beiliegt, werden folgende Bekanntmachungen veröffentlicht: Verbot des Abbrennens von Kartoffelkraut, Warnung vor der Einschleppung der Rinderpest, viehseuchenpolizeiliche Anordnungen über Ausbruch und Erlöschen der Maul- und Klauenseuche und Wasenablieferung.

*

Etwas über die Kartoffelversorgung.

Von einem Lehrer auf dem Lande wird uns geschrieben:

Wir liefern jetzt in der Zeit der Kartoffelernte, überall in Land- und sogar in Stadtnähe sehen wir fleißige Hände, die sich regen, um dieses kostbare Gut sicher zu bergen, ohne das unsere Ernährung für die nächste Zeit hinfällig wird. Noch steckt man erst im Anfang der Ernte und schon prallen in vielen Gegenden unseres Vaterlandes Erzeuger und Verbraucher wegen des Preises hart aufeinander. Als man im Frühjahr dieses Jahres mit dem Anbau der Hackfruchtwirtschaft begann, so machte man sich auch daran, die Kartoffel frei zu bekommen. Unter Mitwirkung des damaligen Wirtschaftsministers wurde ein Mindestpreis von 25 ℳ festgesetzt und von der Nationalversammlung gutgeheißen. Zur Schaffung einer gesunden Reserve wurde bestimmt, daß die Landwirte je nach ihrer Anbaufläche 20—25 Zentner pro Morgen an bestimmte Stellen, es sind meistens die Landwirtschaftlichen Konsumvereine, abzuliefern haben. Die überschießende Menge von Kartoffeln stehen zur freien Verfügung des Landwirtes. Bei dieser Ablieferungspflicht wurde ähnlich wie beim Getreide eine Art Prämienschein eingeführt, in dem der Landwirt pro abgelieferten Zentner noch 5 ℳ Prämie bekommt, daneben noch 1—2 ℳ für Anfuhr. So kommt es, daß man als Preis für einen Zentner Kartoffeln meistens 30 bis 32 ℳ hört. Mit dem 15. September sind nun wohl fast alle Verordnungen über Kartoffeln aufgehoben, nur die eine, die über die freiwillige Ablieferung des Landwirtes redet, besteht wohl zurzeit noch. Vielleicht hätte auch die fallen müssen oder zum mindesten hätte das Prämienverfahren aufhören können. Sind doch wohl die meisten der Landwirte, wie man so hier und dort bernimmt, mit einem Preis von 25 ℳ und sogar noch etwas darunter, zufrieden. Wir sehen also, daß die Sondwirte ebenfalls bei dem Preisabbau, der in letzter Zeit etwas schüchterne Versuche machte, mitwirken wollen. Hinderlich bei diesem Abbau sind einzig und allein nur die fast in jedem Kreise vorhandenen Ablieferungsstellen, nämlich die landwirtschaftlichen Konsumvereine, die immer wieder die Erzeuger darauf hinweisen, daß sie nicht nur für die pflichtmäßigen Ablieferungskartoffeln, sondern sogar für jedes Mehrvorrnum den gleichen Preis Preis von 30—32 ℳ zahlen. Hier wäre es an der Zeit, daß von oben herab diesen Stellen aufgegeben würde, daß auch sie fördernd an dem Preisabbau mitwirken sollten, ganz besonders bei der Kartoffel, unserm Hauptnahrungsmittel. Es würde sich so ein Preis für Kartoffeln von etwa 25 Mark pro Zentner ergeben, der sogar durch bedeutende Zufuhren aus Überschußgebieten vermindert werden könnte, schwankt doch der Preis in solchen rein ländlichen Gebieten zwischen 20—25 ℳ pro Zentner. Auf diese Art und Weise wäre dem Wohle unseres Landes der „Kartoffelfrieg" beseitigt, nicht aber mit Verkehrsüberre und rohen Gewaltmitteln. Sch.

*

Lieferung billiger Kartoffeln in den Kreisen Weißenfels und Zeitz.

Wie das „W. Tgbl." von zuständiger Seite hört, fand am Sonnabend nachmittag in Weißenfels und Montag nachmittag im Bahnhofe zu Zeitz je eine gemeinschaftliche Sitzung zwischen Vertretern der Konsumenten und Produzenten und Vertretern der städtischen Behörden und der Landräte von Weißenfels und Zeitz statt, um über die Möglichkeiten billiger Lebensmittelbeschaffung zu beraten. An den Sitzungen nahmen außer Konsumvertretern die Vorstände der Bauernvereine Weißenfels und Zeitz, die Landräte Winckler-Zeitz und Zimmermann-Weißenfels, Oberbürgermeister Pössler-Zeitz und Stadtrat Kaltbleisch-Weißenfels teil.

Die Beratungen haben wesentlich dazu beigetragen, die beteiligten Kreise einander näher zu bringen, und zwar, wie man hoffen darf, nicht nur vorübergehend, sondern auch für die Zukunft. Um gute Beziehungen zwischen Stadt und Land, zwischen Erzeuger und Verbraucher zu fördern und die Stadt- und Kreisverwaltungen, sowie die Gewerkschaften bei den Bemühungen um einen Abbau der Preise zu unterstützen, erklärten sich die Kreisbauernschaften Weißenfels und Zeitz bereit, bei den Landwirten ihrer Bezirke darauf hinzuwirken, daß etwa 75 000 Zentner Kartoffeln zum Preise von 15 ℳ pro Zentner zur Verfügung gestellt werden. Die Verteilung soll durch gemischte Kommissionen der beiden Stadt- und Landkreise erfolgen.

Angesichts der Tatsache, daß Kartoffeln heute nicht unter 30 ℳ der Zentner zu haben sind, stellt diese Verschaffung ein anerkennenswertes Entgegenkommen der Landwirtschaft und ein finanzielles Opfer von 1¼ Millionen Mark dar. Vor allem aber ist es zu begrüßen, daß hier mit einmal Vertreter der beteiligten Volkskreise in engere und direkte Beziehungen zueinander getreten sind, was zu einer gemeinsamen Lösung der Notfrage wesentlich beitragen wird.

Weiter wird hierüber berichtet: Eine weitere Sitzung findet am Mittwoch in Zeitz statt, die die notwendige Verteilung und Sicherung treffen soll. Es soll also ungesäumt das begonnene Werk gesichert und vollendet werden. Die sämtlichen Vertreter der der Kommunen erklärten, daß, wenn auch nicht alle ihre Wünsche Erfüllung gefunden hätten, so müßten sie doch anerkennen, daß die Organisation der Bauernschaft eine große Tat vollbracht hätte.

Sie hätten den Ernst der Zeit verstanden und durch ihren Beschluß der Not gesteuert. Dafür gebührt ihnen Dank, der ihnen auch ausgesprochen wurde.

Das „W. Tgbl." knüpft hieran noch folgende beachtenswerte Ausführungen: Damit ist die Kartoffelfrage für uns noch nicht endgültig gelöst — aber erleichtert. Mögen diejenigen, die das Geld dazu haben, nicht dadurch, daß sie wahnsinnige Preise bieten, die Erledigung der Frage der Kartoffelversorgung — der wir glaubten, ab 15. September 1920 entboten zu sein — erschweren, sondern abwartende Stellung einnehmen. Es gilt zunächst, den Minderbemittelten zu helfen.

Anderseits darf wohl von der Bevölkerung Verständnis dafür erwartet werden, daß Unmögliches nicht geleistet werden kann. Die Landwirtschaft, die bei den 75 000 Zentnern zu 15 ℳ per Zentner rund 1 250 000 ℳ zugunsten der Kommunalverbände opfert, hat den berechtigten Wunsch, daß die Kommunalverbände sich dafür einsetzen, daß dem Diebstahl — der uns zu oft als Vorgabe für die mangelhafte Kartoffelversorgung dienen muß — gesteuert wird. Jeder einzelne kann hierzu beitragen. Nur wenn Produzenten, Erzeuger und Konsumenten (Verbraucher) Hand in Hand arbeiten, kann Gedeihliches geschaffen werden.

Sonach scheint die brennende Frage der Kartoffelbelieferung und Festsetzung der Preise in den Kreisen Weißenfels und Zeitz gerregelt zu sein. Wo bleiben die Kreise Merseburg und Querfurt? Will man in unserer engeren Heimat nicht auch endlich den Versuch machen, einigermaßen vernünftige Kartoffelpreise festzusetzen? Bis jetzt hört man nur von einem fortgesetzten Angehen der Preise! Eile tut wirklich not!

Turnen — Spiel — Sport.

⊕ **Turn- und Sportverein Rössen (Abteilung Schwerathletik).** Unter sehr starker Beteiligung der Vereine des 10. Kreises des deutschen Sportathletik-Verbandes fanden am vergangenen Sonntag in Urnstadt die großen olympischen Spiele zum Austrag und brachten, da starke Konkurrenz vertreten war, spannende Kämpfe, bei denen der Turn- und Sportverein Rössen (Abteilung Schwerathletik) 28 Siege davontragen konnte. Gute Leistungen vollbrachte Mitglied Herrmann im Gewichtswerfen, Mitglied Sick, sowie die Mitglieder Rickert und Böhmer im Diskuswerfen, Schleuderball und 100-Meterlauf. Mitglied Horn blieb Sieger im 400-Meterlauf, wobei er im prachtvollen Endlauf seine Gegner weitüberlegen schlug. Ebenfalls war sein Hochsprung eine sehr gute Leistung. Im Weitsprung zeigten die Mitglieder Rickert und Horn sehr gute Leistungen. Im Ringen um die junior Deutschmeister Danter wieder in großer Form und zeigte eine hervorragende Technik, wodurch ihm keine Niederlage beigebracht werden konnte. Die Leistungen von den Mitgliedern Langohr und Toll waren sehr anerkennenswert.

Die Preise verteilen sich wie folgt: Schleuderball Klasse A: Herrmann 1. Preis, Böhmer 2. Preis, Hick 3. Preis. — Schlagball Klasse B: Böhmer 2. Preis, Hick 4. Preis. — Gewichtswerfen (25 Pfund): Herrmann 2. Preis, Danter 3. Preis. — Steinstoßen: Herrmann 4. Preis. — Kugelstoßen: Herrmann 4. Preis. — Diskuswerfen Klasse A: Hick 1. Preis, Böhmer 2. Preis, Rickert 3. Preis. — Diskuswerfen Klasse B: Böhmer 2. Preis, Hick 3. Preis. — Hochsprung Klasse A: Horn 1. Preis, Böhmer 3. Preis. Hochsprung Klasse B: Horn 2. Preis, Böhmer 3. Preis. — Weitsprung: Rickert 2. Preis, Horn 3. Preis. — 100-Meterlauf: Rickert 2. Preis, Horn 4. Preis, Hick 5. Preis. — 400-Meterlauf: Horn 1. Preis. — Leichtgewichtringen bis 140 Pfund: Danter Ehrenpreis für technisch vollendetes Ringen, Danter 2. Preis (ohne Niederlage), Roll 5. Preis, Langohr 6. Preis. — Anläßlich des am Sonntag den 19. September 1920 in Corbetha stattgefundenen Jugendturnfestes errangen folgende Mitglieder nachstehende Preise: Von 14—17 Jahren: Heinrich Behringer 1 Preis mit 58 Punkten. — 1. Stufe der Schüler von 12—14 Jahren: R. Friedrich 1. Preis mit 77 Punkten. — 2. Stufe der Schüler von 10—12 Jahren: Reinh. Herrmann 4. Preis mit 53 Punkten, Helmuth Müller 6. Preis mit 52 Punkten.

⊕ **Hockey-Sport.** Mit dem nahestehenden Ende der Tennis- und Leichtathletiksaison rüstet sich die Sportwelt auf den Herbst-, Winter- und Frühjahrssport durch Ausübung einer geeigneten Spielart, welche reichlich Gelegenheit bietet, sich dauernd in Übung zu erhalten. Der Hockeysport ist und bleibt die geeignetste Übungsart, und daher ist es zu begrüßen, daß dieser Sportzweig in Merseburg wieder auflebt und daß auch die Sportwelt sich immer mehr diesem idealen Spiel zuwendet, welches durch Ausschaltung des Körperspiels den Wettkämpfenden Freude an der Bewegung und dem Spiel bietet. Am 3. Oktober wird hier in Merseburg erstmalig nach dem Kriege ein Hockey-Wettspiel stattfinden, und zwar hat der Ballspiel-Verein „Hohenzollern" Merseburg sich mit der Zusammenstellung einer Hockey-Abteilung befaßt. Zu diesem Zwecke findet ein Propaganda-Wettspiel auf dem Kasernenhofe statt, welches den Merseburgern Gelegenheit geben soll, sich auch für dieses Spiel zu interessieren. Der Weißenfelser Turn- und Rasensportverein v. 1861 wird sich mit der Hockey-Abteilung der Ruder-Gesellschaft v. 1874 (Nesson) im Wettkampf treffen und unter erfahrener Leitung ein bestmöglichstes Spiel liefern. B.-B. „Hohenzollern"-Merseburg selbst hat schon eine Hockey-Abteilung fertig stehen, welche voraussichtlich am 17. Oktober sich im Befähigungsspiel gegen B. f. L. 96-Halle, zweite Mannschaft, treffen wird.

⊕ **Nennungen für die Pferderennen in Halle und Magdeburg.** Die breitängige Herbstveranstaltung in Halle a. S. am 24. und 26. Sept. sowie 3. Oktober verspricht, nach dem Nennungsschluß zu urteilen, sehr gutes Gelingen zu versprechen. Insgesamt wurden 740 Nennungen, also der gute Durchschnitt von 35 Nennungen pro Rennen, abgegeben. Von den beiden mit je 30 000 ℳ ausgestatteten Hauptereignissen ist der Preis von Halle mit 15 Meldungen schwach, dagegen der Preis von Thüringen für Zweijährige mit 39 Vertretern des jüngsten Jahrganges sehr gut besetzt. Von vier großen Ausgleichsrennen in Magdeburg am 2. und 3. Oktober haben ein sehr gutes Nennungsergebnis zu verzeichnen. Es erhielten im einzelnen Graf Holck-Erinnerungs-Jagd-Rennen 43, Großes Magdeburger Herbst-Hürden-Rennen 34, Dr. F. Riese-Erinnerungs-Jagd-Rennen 35 und Großes Magdeburger Herbst-Jagd-Rennen 36 Unterschriften.

Gerichtsverhandlungen.

⊥ **Halle,** 20. Sept. Wegen Mordes und schweren Raubes war vom Schwurgericht Halle der Bergmann Willi Haake zum Tode verurteilt worden. Wie wir seinerzeit meldeten, hatte er am 1. November 1919 in der Gemarkung Eisleben den Musiker Gerlenberg aus Eisleben erwordet und die Leiche im Felde vergraben, wo sie bei der Frühjahrsbestellung gefunden wurde. Geplant war der Mord auf einen Bergwerksdirektor, der eine größere Summe Geld bei sich führte. In der Dunkelheit hatte der Angeklagte jedoch die Personen verwechselt. Haake beraubte den Ermordeten noch der Uhr und Ringe, ersteres. Die Uhr bekam der Fördermann Walter Bernhardt aus Eisleben, der durch obiges Urteil wegen Begünstigung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Die von Haake gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen.

⊥ **Kindestötung.** Von der Strafkammer in Halle wurde die 22 jährige unverehelichte Arbeiterin Anna A. Mühle, die ihr am 2. März geborenes Kind gleich nach der Geburt ins Wasser geworfen hat, wegen fahrlässiger Kindestötung zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

87 Einbruchsdiebstähle — 74 Jahre Zuchthaus.

Altenburg, 22. Sept. Das hiesige Landgericht verurteilte einen Teil der Meuselwitzer Bandendiebe, die durch etwa 500 schwere Einbrüche Millionenwerte erlangten, wegen 87 Einbruchsdiebstählen zu insgesamt 74 Jahren Zuchthaus und acht Jahren Gefängnis. Vorläufig sind 19 Mitglieder der Bande abgeurteilt worden.

Vermischte Nachrichten.

Zum Millionendiebstahl auf der Stettiner Bulkanwerft.

Stettin, 22. Sept. Von der bei dem Einbruch in die Bulkanwerft gestohlenen Summe von 1½ Millionen Mark konnten bis jetzt 1¼ Millionen Mark wieder herbeigeschafft werden. Ein großer Betrag neuer Ein- und Zweimarkscheine ist von den Dieben verbrannt worden, da sie durch deren Ausgabe eine Entdeckung befürchteten. Sämtliche Teilnehmer, bis auf einen, sind namhaft festgenommen. Die von einigen Berliner Blättern gebrachten Andeutungen, daß es sich um ein kommunistisches Komplott handele, sind haltlos.

* **Kirchenbrand in Bochum.** Die Probsteikirche am Alten Markt in Bochum ist am Dienstag vollständig niedergebrannt. Das Feuer, das im Dachstuhl entstand, verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit und legte die Kirche bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die Feuerwehren von Bochum und Umgebung, die sofort die Löscharbeiten verfahren, waren dem Feuer gegenüber ziemlich machtlos und konnten lediglich die benachbarten Gebäude schützen.

* **Offiziere als Bergarbeiter.** Seit kurzer Zeit sind auf der Zeche „Roland" sechs frühere Offiziere der deutschen Handelsmarine, die auch als Seeoffiziere der Kriegsmarine den Weltkrieg mitgemacht haben, als Bergarbeiter unter Tage tätig.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rübner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Klemm, Berlin-Wilmersdorf, Landauer Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Störmer in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200922-10/fragment/page=0003

Hausfrauen, verlangt nur

Dr. Oetker's Backpulver — das altbewährte

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärtigen Blättern.

Verlobt.

Johann Boland, Weißenfels, mit Martha Kegler, daselbst.

Vermählt.

Gutsbesitzer Erwin Fischer mit Frau Ilse geb. von Schaewen, Halle; Otto Möller mit Frau Frieda geb. Klimpel, Zreben b. Kötschau; Paul Hiensch mit Frau Annemarie geb. Eyen, Auerbach.

Geboren.

Gustav Schönbrodt, Bisperode bei Hameln, 1 T.

Gestorben.

Halle: Frau Bertha Hüthel (74 J.); Frau Alwine Trautmann geb. Zwarg.

Scheuditz: Kürschner Albert Hartmann, Oberhau (19 J.)

Weißenfels: Frau Charlotte Emmerich geb. Martin; Gottlob Wacker, Sorbau (78 J.)

Nach kurzem Krankenlager entschlief heute mittag 1 Uhr sanft unsere liebe Mutter und Schwiegermutter, unsere herzensgute Großmutter

Frau verw.

Marie Fabian

geb. Melle.

Halle, Rannischestr. 18, den 20. September 1920.

In tiefer Trauer:

Die Hinterbliebenen.

Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag ½2 Uhr von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt.

Nach einem arbeitsreichen, gesegneten Leben verschied heute früh 9½ Uhr unerwartet mein über alles geliebter, herzensguter Gatte, unser lieber unvergeßlicher Bruder, Schwager und Onkel, der Feuergehändler

Adolf Reusche

in festem Glauben an seinen Erlöser.

Leipzig, Hauptzollamtstr. 5, den 20. Sept. 1920.

Im tiefsten Schmerz:
Selma Reusche geb. Knabe,
Alwin Reusche u. Frau,
Minna Meißner geb. Reusche,
Albert Reusche u. Frau,
Rich. Hünach u. Frau geb. Knabe,
Ida Uebe geb. Knabe.

Beerdigung findet Donnerstag, den 23. September, mittags 12 Uhr auf dem Südfriedhof statt.

Emma Jose
Karl Schweizer
grüßen als
Verlobte
Merseburg Zwätzen
im September 1920

Montag nachmittag ½3 Uhr starb nach langem, schwerem Leiden mein unvergeßlicher lieber Sohn und Bruder

Walter Kuhn

im zarten Alter von 7 Jahren. Schmerzerfüllt zeigt dies an
Wm. Anna Kuhn
geb. Keil.

Die Beerdigung findet Freitag nachm. 3 Uhr vom Stadtfriedhofe aus statt.

Bekanntmachung.

Tages-Ordnung
für die Sitzung des Zweckverbandes Leuna
am Sonnabend, den 25. Septbr. d. J., vormittags 8½ Uhr, in Leuna-Werke, Bau M 26a, Zimmer 45.

1. Landverpachtung.
2. Feuerschutz-Angelegenheiten.
3. Instandsetzung des Spergauer Weges.
4. Leistung eines einmaligen Beitrages zu den Kosten der Anschaffung neuer Schulbänke in der katholischen Volksschule in Merseburg.
5. Instandsetzung von Vermessungsgeräten.
6. Angebot über Lieferung der Pfeilerkrönung für die Rössener Brücke.
7. Verkehrsmittel über die Saale.
8. Grunderwerb.
9. Veränderung der Zweckverbands-Satzung.

Leuna-Werke, den 22. September 1920.

Der Vorsitzende des Zweckverbandes Leuna.
Cornely.

Möbliertes Zimmer
mit zwei Betten, eventl. mit Klavierbenutzung sofort zu vermieten Weißenfelser Str. 7, III.

Beamter mit Familie sucht für sofort oder spätestens bis 15. Oktober 1920
2 oder 3 Zimmer
mit Küchenbenutzung evtl. auch unmöbliert. Angeb. unt. **B. H. 2187** an die Exped. d. Bl.

Brautpaar sucht gut möblierte Wohnung oder Wohn- und Schlafzimmer mit Kochgelegenheit, zum 1. Jan. oder früher in Merseburg oder Umgebung. Angeb. unt. 2197 an die Exped. d. Bl.

Junger Herr sucht zum 28. 9. oder 1. 10. nettes
möbliertes Zimmer.
Angeb. erb. Delaraube 25, pt. l.

Möbliertes Zimmer
von jungem Herrn sofort zu mieten gesucht. Angebote unter 2196 an die Exp. d. Bl.

Junger anständiger Herr
sucht Schlafstelle
wenn möglich mit Familienanschl. Ang. unt. 2206 an die Exp. d. Bl.

Brautpaar sucht zum 15. 10 oder 1. 11. in besserem Hause 2 leere Zimmer mit Kochgel. (mögl. elektr. Licht). Angeb. unt. 2186 an die Exped. d. Bl.

1. Hypothek 16 000 Mark
auf hiesiges Grundstück gesucht. Ang. unt. 2204 an die Exp. d. Bl.

Jeden Posten
alte Zeitungen
kauft auf
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Sektflaschen
(Stück 70 Pfg.), Weinflaschen (40 Pfg.), dün. Milchflaschen (30 Pfg.) kauft und holt jede Woche durch Gefährt ab:
Emil Schatz, Halle/Trotha.
Fernruf 4180.

Spiralbohrer, Gewindebohrer, Reibahlen (neu)
in allen Größen zu kaufen gesucht.
Otto Knorr, Halle/Saale,
Schillerstraße 35.

In Friedensqualität:

gar. reiner Leinölfirnis	½ kg	Mk. 15.—
gar. reines Bleiweiß in Oel	„ „	„ 7.50
1a Fußbodenlack	„ „	„ 16.—
1a Möbellack	„ „	„ 18.—
Emaille-Weißlack 1a	„ „	„ 20.—
„ für innen	„ „	„ 16.—
Steccalin, fein, hell	„ „	„ 12.—
Standöl für Fußböden	„ „	„ 5.—

Streichfertige Farben auf Wunsch, billigst, empfehlen

Fritz u. Hermann Dietrich
Friedrichstraße 16—18 Telefon 173

Die bestellten Kartoffeln (upto date und Industrie) können am Sonnabend und kommende Woche abgeholt werden und weitere Bestellungen nimmt entgegen
Gemüsebau Rischmüller.

Die Hilfe

Zeitschrift f. Politik, Literatur u. Kunst

Begründer: D. Friedrich Naumann.

Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer. Fast 25 Jahre von Naumann geleitet, in seinem Geiste von seinen alten Mitarbeitern fortgeführt! Das nationale und soziale Blatt der Demokratie!

Probeheft kostenfrei. — Vierteljahrespreis 10 M.

Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Ata

reinigt und scheuert alle Geräte aus Porzellan, Emaille, Holz, Metall, — Glas, Stein, Marmor usw. —

Bestes Scheuerpulver
für Haushalt, Gewerbe u. Industrie.
Vorzüglicher Herdputz.
Überall erhältlich.
Henkel & Cie., Düsseldorf.
Fabrikanten von „Sil" u. Henkel's Bleich-Soda.

Bekanntmachung!!

Die Anfuhr der Rüben
für die Zuckerfabrik Schwoitsch
beginnt **Montag, den 27. Septbr.**
Bitte die Anfuhr anzumelden. **O. Roth.**

Ia. Fahrräder

zu Ausnahmepreisen
Gummibereifungen in ganz vorzüglicher Qualität
Carbidlampen jeder Art · **Ersatzteile · Carbid**
empfiehlt
Max Schneider, Merseburg
Schmale Str. 14 · Teleph. 470

Die Zahnpflege nach zahnärztlicher Vorschrift:
Zahnpulver Zahnpasta Nr. 23 * nur echt mit * Namenszug * Zahnarzt P. Bahr
Blendend weiße, schöne, gesunde Zähne!
In Merseburg in der Drogerie R. Kupper.

Heilquellen Neu-Ragoczy
Niederlage: Gotthardt-Drogerie, Merseburg. Gotthardtstrasse, Telephon 263

Gebr. Winterüberzieher
für schlanke Figur bill. z. verk. Elite, Karlstraße 7.

Neuer Herrenulster,
für mittlere Figur passend, zu verk. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

1 P. schw. Damenschnürschuhe
(hochch.), sehr preiswert zu verk. Weißenfelser Str. 7, II.

Brauner Damen-Sammethut
preiswert zu verkaufen
Laudstedter Straße 36, 2 Tr.

Gebr. Chaiselongue und fast neuer Schrank
zu verk. Gotthardtstr. 22, II.

Gebrauchter
Prinzeßwagen
zu verkaufen
Leunawerk, Baracke 681/12.

Schaufenster-Rückbau
zu verkaufen Gotthardtstr. 32.

Gaskrone
auch elektrisch einzurichten, zu verkaufen Weiße Mauer 26, I.

Für Schuhmacher
Großer Posten Handwerkszeug sowie Maschinen zu verkaufen Schmale Str. 23.

Mod. Transmissionen sof. lieferb., Preisl. umsonst. H. & F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Kaninchen,
drei Monate alt, zu verkaufen Send 3.

Roggen- und Haferspreu
hat abzugeben Eisenbahnstr. 3.

Mus-Pflaumen
sind zu verkaufen
Büßlen Nr. 32.

Kabeljau und Seelachs
Pfd. 4,— Mk.
Fettbücklinge
Pfd. 6,— Mk.
ungeräucherter Speck
Pfd. 16,— Mk. verkauft
A. Berger, Oelgrube 27.

Metall- u. Kautschuk-Stempel
liefert
Heinrich Heßler
Merseburg
Kirchstr. Nr. 7

Futterrüben
in größeren und kleineren Mengen hat abzugeben
E. Weishahn,
Neumarkt — Fernspr. 486.

+Frauen+
Schenken Sie mir nur ein einziges Mal volles Vertrauen, wenn die monatliche Regel ausbleibt. Meine durch viele Dankschr. anerkannt guten Mittel sind von schneller, überraschender Wirkung, vielfach schon am nächsten Tage. — Völlig unschädlich (behördlich geprüft) mit Garantieschein, sonst Geld zurück. Diskr. Versand. C. Aymling, Hamburg 145, Hühnerposten 121.

Neues Schützenhaus.

Freitag, den 24. September, abends ½8 Uhr

großes Strauß-Konzert
Wiener Operetten- und Walzer-Abend
ausgeführt vom
Philharmonischen Orchester aus Halle
unter Leitung der berühmten weltgereisten Dirigentin
Ludmilla Gerecke aus Wien genannt
„Der weibliche Strauß".
Eintritt 3,— Mk. Eintritt 3,— Mk.
Es ladet freundlichst ein **Hermann Eisenberger.**

Casino.

Freitag, den 24. September, von abends 7 Uhr ab
gr. Ball.
Es ladet freundl. ein **Otto Seym.**

Kurhaus Dürrenberg!

Donnerstag, den 23., von abends 7½ Uhr an
die letzte diesjährige **Réunion.**
Sonntag, den 26. Sept., von nachm. 3 Uhr ab **Abschieds-Kränzchen.**

Ich bin von Gräfz (Posen) als **Notar** nach Merseburg versetzt. Gleichzeitig bin ich am Amtsgericht in Merseburg als

Rechtsanwalt

zugelassen worden. Mein Büro ist

Obere Burgstraße 5

bei Tischlermeister Schenk — Fernruf 565.

Dr. Hanns, Rechtsanwalt u. Notar.

Wie kann man von
Magen- u. Darmleiden, Schwindelanfällen
(Adern-Verhalk., Herzbeklemmung., Angst- und Schwächeanf.),
Gallen- u. Nierensteinen
Lungen- und Halsleiden
(Brustschmerzen, Husten, Heiserkeit, Asthma) ohne große Kosten befreit werden? Hierauf antwortet allen Leidenden, auch solchen, die gar keine Hoffnung mehr haben, kostenlos, wenn Krankheit in der Anfrage genau bezeichnet wird (Rückporto erbeten)
Pfarrer und Schulinspektor a. D.
P. O. Fiedler, Post Niewerle 120
(Niederlausitz).

Sorgen

Sie für einen dauernden Absatz Ihrer Waren, damit Sie konkurrenzfähig beim kommenden Preisabbau bleiben, durch Insertion im
Merseburger Korrespondent.

Wäsche zum Nähen und Ausbessern
wird angenommen
Schmale Straße 23.

Mädel, 30 Jahre, sucht nett, anständ., solides Mädel kennen zu lernen zwecks Spaziergg., welch. sich auch für Konzert ꝛc. interessiert. Ang. unt. 2200 an die Exp. d. Bl.

Gebildetes junges Mädchen
21 Jahre, sucht die Bekanntschaft einer netten anständigen Freundin. Angebote unter 2201 an die Exped. d. Bl.

Biete vermög. Damen wünschen sich bald glücklich zu verheiraten. Herren, wenn auch ohne Vermög., erhalten sofort Auskunft durch „Union" Berlin, Postamt 37.

Hauptschule Rastede i. Oldenburg.
Meister- und Polierkurse. Eintritt Aug., Okt. u. Januar. Ausführliches Programm 2 Mk.

Wir suchen zum sofortigen Antritt einen
Buchhalter.
Angebote mit Zeugnis-Abschriften und Gehaltsansprüchen erbet. an Sachsenwerk, G. m. b. H., Merseburg.

Wir suchen für die Fabrik einen älteren, kräftigen
Arbeiter
für dauernde Arbeit.
Marckhscheffel & Co.

Junges Mädchen
mit guten Schulzeugnissen, aus achbarer Familie, wird in Fabrikkontor Merseburgs als Lernende gegen monatliche Vergütung gesucht. Bew. unter Beifügung von Zeugnisabschriften unter 2198 an die Exped. d. Bl.

1 tüchtige Waschfrau
sucht bei hohem Gehalt und gutem Essen Müllers Hotel.

Aufwartung
von 7 bis 8 Uhr gesucht
Ober-Altenburg 15, unten.

Aufwartung
für vormittags gesucht.
Frau Kabisch, Moltkestr. 25.

Rotes Portemonnaie
mit Inhalt von Gotthardtstraße Nulandtsplatz verloren. Gegen Belohnung abzugeben in der Expedition d. Bl.

Sonntag, den 19. d. Mts.
Geldtäschchen
mit Inhalt vom Domplatz bis zum Entenplan verloren. Gegen Belohnung abzug. Domplatz 6.

Montag früh eine **Zylinderschachtel** mit Inhalt Nulandtsplatz-Weißenfelser Str. verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, selbige gegen Belohnung abzug. Nulandtstr. 12.

Ein weiß- und braungefleckter
Jagdhund,
auf den Namen Leo hörend, entlaufen. Wiederbringer erh. hohe Belohnung. Näheres Augarten, Kraustraße 14.

Schäferhündin
zugelaufen. Gegen Futtergeb. abzuholen. Frisch, Crayau.

Die junge Dame
m. d. Stickrahmen und einer Handtasche, d. am 6. d. M. abds 6½ v. H. n. M. fuhr, w. s. d. Herrn, d. n. Zeitz fuhr, höflichst gebeten, ihre Anschrift unter **M S 2202** in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200922-10/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 213. Mittwoch den 22. September 1920. 47. Jahrg.

Um die Preußenwahlen.

(Von unserm Berliner Mitarbeiter.)

Der Ältestenrat der Preußischen Landesversammlung war am Dienstag zusammengekommen, um sich über die Frage des Wahltermins für die preußischen Landtagswahlen klar zu werden. Er ist wieder auseinander gegangen, ohne einen Beschluß gefaßt zu haben. Man will die Vorlegung des Wahlgesetzes abwarten und am Donnerstag erneut zusammentreten. Die Rechtswerteten die Unabhängigen möchten, daß die Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung auseinander geht, ohne ihre Daseinsaufgabe, die Schaffung der preußischen Verfassung, gelöst zu haben. Diese Art der Opposition ist in hohem Maße unsachlich. Das Beispiel des Reiches zeigt zur Genüge, wie wenig leistungsfähig ein Parlament ohne festgefügte Mehrheitsverhältnisse ist. In einem preußischen Übergerdnetenhause, das unsichere Mehrheiten aufweist, würde die Gestaltung wichtiger Verfassungsbestimmungen von Zufallsmehrheiten abhängen. Es ist richtig, daß auch jetzt noch manche Punkte der Verfassungsvorlage, wie beispielsweise die Frage des Staatsrats, auch innerhalb der gegenwärtigen Mehrheitsparteien strittig ist. Aber bei gutem Willen ist hier sehr wohl eine Einigung möglich. Niemand aber kann behaupten, daß die Frage in einem neugewählten Preußenhause eher und gründlicher geklärt werden würde, als in der jetzigen Landesversammlung. Eine Vertagung der Verfassungsfrage ist unter allen Umständen abzulehnen.

In den Besprechungen ist auch die Frage aufgeworfen worden, ob man nicht den Wahltermin unter allen Umständen schon jetzt bekanntgeben solle. Die deutschen Demokraten sind für keinerlei Hinausschiebung der preußischen Wahlen zu haben. Diese müssen im Gegenteil sobald als es sachlich überhaupt möglich ist, stattfinden. Aber die Festsetzung eines bestimmten Wahltermins jetzt, wo sich der Arbeitsstoff noch nicht übersehen läßt, müßte zu einer schweren Beeinträchtigung der gesamten parlamentarischen Arbeiten führen. Es wird sachlich geboten sein, daß der Ältestenrat sich am Donnerstag darüber schlüssig wird, welche Gesetze unbedingt erledigt werden sollen. Dann soll man sich vornehmen, ohne Aufenthalt zu arbeiten. Ist dann die Hauptarbeit getan, so wird man auch sehr bald klar sehen, wann die Wahlen möglich sein werden. Die Festsetzung des Wahltermins vorher würde nur dazu führen, daß die wichtige gesetzgeberische Arbeit der Verfassungsberatung unter den Druck der Wahlagitation gestellt wird. Was das bedeutet, dafür haben unsere Rechtsparteien und Unabhängigen gerade zur Genüge Beweise geliefert. Zum anderen würde es wohl außerordentlich schwer halten, ein beschlußfähiges Haus zusammen zu halten, wenn der Wahltermin festgesetzt wäre.

So sprechen alle Gründe der Vernunft und der Sache für eine Verständigung über die noch zu erledigenden Gesetze, aber gegen eine sofortige Proklamierung des Wahltermins. Aber leider ist die Opposition in den deutschen Parlamenten vernünftigen und sachlichen Erwägungen ungemein schwer zugänglich. Wir sehen dabei ganz von den hysterischen Unabhängigen ab. Aber wenn es richtig ist, daß die deutschnationalen Fraktionen des Reichstages und der Landesversammlung gestern in der Hauptsache darüber beraten haben, wie man im Preußenhause durch Obstruktionsmittel die baldige Herbeiführung von Preußenwahlen erzwingen könne, so ist das überaus beklagenswert. Die Rechtsparteien sollten sich doch endlich einmal sagen, daß ihre übertriebene Hetze den vorhandenen Zündstoff in bedenklicher Weise mehrt. Bei der Unsicherheit und Schwierigkeit des kommenden Winters kann ein Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl von sehr bedenklichen Folgen sein. Auch daran sollte bei dem Kampf um den preußischen Wahltermin gedacht werden.

Die Lage im Reiche.

Die Kabinettskrise in Berlin.

Der Stand der Kabinettskrise ist zurzeit unverändert. Da aber inzwischen der Reichspräsident wieder in Berlin eingetroffen und wohl auch Reichskanzler Fehrenbach bald dahin zurückkehren wird, ist damit zu rechnen, daß am Mittwoch oder Donnerstag eine Kabinettssitzung stattfindet, um die Krisis zur Erledigung zu bringen.

Dr. Heinze über seinen angeblichen Rücktritt.

Aus Dresden wird berichtet:

Reichsjustizminister Dr. Heinze ist soeben von einem bremischen Urlaub zurückgekehrt und weist vorübergehend in Dresden. Er äußerte sich einem Presse-Vertreter gegenüber zu den von der „Voss. Ztg.“ verbreiteten Rücktrittsabsichten und seiner Verwendung im diplomatischen Dienst und meinte, daß es sich in beiden Fällen um ganz haltlose Gerüchte handle. Dr. Heinze hält einen Wechsel auf dem obersten Justizposten im Reiche gegenwärtig für verfehlt, wie überhaupt in kurzer Zeitspanne aufeinanderfolgende Abfhungen auf den maßgebenden Posten der obersten Staatsverwaltung für das Wohl des Landes nur bedenklich sein könnten. Ein gedeihliches Wirken setze Festigkeit und Beständigkeit auch bei der Besetzung von Ämtern und bei der Außwahl von Personen voraus. Diese in die Welt gesetzten Gerüchte von seiner Verwendung auf dem Gesandtenposten in Rumänien führt Dr. Heinze auf eine Anregung dieser Art im Frühjahr noch vor dem Kapp-Putsch zurück. Damals wäre er bereit gewesen, nach Bukarest zu gehen, diese Möglichkeit sei aber durch seine Ernennung zum Reichsjustizminister wieder völlig ausgeschaltet worden.

Zur Krisis im Reichsfinanzministerium

sagt die „Germania“, daß die Mitteilung der Blätter, wonach Dr. Wirth seine Entlassung zurückgezogen habe, nicht den Tatsachen entspreche. Es werde ihr aber aus Regierungskreisen bestätigt, daß, nach wie vor, Hoffnung bestehe, daß eine Verständigung erzielt werde. Der eigentliche Grund für die Einreichung des Rücktrittsgesuches sei in der gesamten Finanzlage des Reiches zu suchen. Es werde vor allen Dingen notwendig sein, ein festes geordnetes Finanzprogramm für die Gesundung der Finanzen des Reiches aufzustellen.

Der Reichspräsident wieder in Berlin.

Der Reichspräsident Ebert ist von seinem Erholungsurlaub nach Berlin zurückgekehrt. Am Mittwoch findet in Anwesenheit des Präsidenten eine Sitzung des Reichskabinetts statt, in der zu den politischen Fragen Stellung genommen werden soll.

Generalstreikmache in Berlin.

Uns wird geschrieben:

Auch die heißeste Leidenschaft ebbt einmal zu ruhigeren Gefühlen ab, auch der größte Brand fällt einmal zusammen, wenn ihm keine neue Nahrung mehr zugeführt werden kann. Ganz ähnlich geht es mit der revolutionären Bewegung in Deutschland. Man kann nicht in endloser Folge jeden Tag zum Umsturz der Gesellschaft aufrufen, ohne Gefahr zu laufen, daß der Ruf eintönig zu werden droht. Im kommunistischen Lager bekommt man das allmählich zu spüren und man sinnt daher krampfhaft auf neue Mittel, um die einsige Hochspannung zu erhalten. In diesem Sinne sind die neuen Treibereien aufzufassen, die von den Berliner Bolschewisten in der Richtung auf einen Generalstreik ausgehen. Im Zusammenhang mit dem angekündigten Ausstand der Berliner Straßenbahner erschienen überall Handzettel, in denen zum allgemeinen Streik aufgefordert wurde. Daneben erfuhr man im kommunistischen Lager auch in den Berliner Arbeitslosen und ihrem unbeteiratbar großen Notstand ein Mittel, um das Wirtschaftsleben wiederum von Grund auf zu beunruhigen. Alsbald ergab sich aber, daß Ernüchterung und sachliche Betrachtung einmal gegebener Tatsachen in der deutschen Arbeiterschaft doch immerhin schon an Boden gewonnen haben, denn sowohl die Groß-Berliner Organisation der S. P. D. wie die der U. S. P. D., ja sogar die Zentrale der Berliner Betriebsräte lehnten in ziemlich energischer und deutlicher Weise die Beteiligung an den Arbeitslosen-Demonstrationen ab. Man erklärte mit allem Nachdruck, daß es sich bei ihnen um Lockspitzelarbeit handele, und daß durch sie nur die Geschäfte der Reaktion und der Gegenrevolution betrieben würde. Die Demonstrationen verliefen denn auch schwunglos und ohne Zwischenfall. Hinsichtlich der Stimmung der Arbeiterschaft war es von Interesse, daß die Absage der S. P. D. ohne Einschränkung erfolgte, während die U. S. P. D.-Leitung von Groß-Berlin erklärte, man sei trotz der Ablehnung nicht minder nachsam. Die Betriebsrätezentrale dagegen kündigte eine eigene Aktion für die Arbeitslosen und die „Dofer der weißen Justiz“ für die allernächste Zeit an. Auch in dieser Abstufung kennzeichnet sich die verschiedenartige Haltung der Massen mit Bezug auf neue Umsturzversuche und Putsche. Weil aber die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft sichtlich auf eine endliche Beruhigung des deutschen Wirtschaftslebens hindrängt, muß man die Regierung mit allem Nachdruck auffordern, gegen die neuen Treibereien vorzugehen. Gleichzeitig muß alles geschehen, um die Staatsautorität zu stärken und in diesem Sinne seien daher die deutschen Rechtsradikalen gewarnt, in Deutschland für Moskau zu arbeiten.

Zu den Berliner Straßendemonstrationen

wird uns noch berichtet:

Den Anstoß dazu, der von solchen Elementen gleich gefunden wird, bestand in dem Zusammentritt des Gerichtshofes in Moabit, wo über die Verbrecher geurteilt werden sollte, die im August bei Weißensee einen Kriminalwachtmeister der Sicherheitspolizei töteten. Ein Mord soll gesühnt werden, eine Angelegenheit, die allen Rechtsdenkenden so selbstverständlich scheint, daß darüber kein Wort zu verlieren ist! Die Herren Kommunisten aber sind anderer Ansicht. Sie benutzen das Tribunal, um daraus eine Szene zu machen, die ihnen Gelegenheit zu Unruhen und Putschen gibt. Sie forderten die Einstellung des Verfahrens und noch mancherlei mehr. Ihnen hatten sich die Unabhängigen im letzten Augenblick von den Kundgebungen zurückgezogen; die Kommunisten jedoch und der ganze Schweif ihrer Dunkelmänner ließ sich die Gelegenheit nicht nehmen, um nicht nur mit den Bürgerlichen, sondern auch mit den Unabhängigen abzurechnen. Während Scharen Arbeitsloser

die Gebäude der Knorrbremse A.-G. stürmten

und die Arbeitswilligen zur Niederlegung ihrer Tätigkeit zwangen, nahmen die Demonstranten, die im Lustgarten zusammengekommen waren, ihren Weg vor das Haus der „Freiheit“ und beschimpften von der Straße aus die Schriftleitung mit den lieblichsten Kosenamen. Einzelne Redner gingen so weit, zu fordern, daß man die abgefallenen Brüder als Verräter an die Wand stelle. Die „Freiheit“, die stets in der gemissenlosesten Weise Wind säte, erntete heute Sturm. Wenn auch bis zu diesem Augenblicke Berlin von ernsteren Ausschreitungen verschont blieb, so war die Stadt doch wieder einmal der Schauplatz von Zusammenrottungen, die nicht geeignet sind, das Stadtbild in hellerem Lichte erscheinen zu lassen.

Berlin, 22. Sept. Wie verschiedene Blätter berichten, drangen im Anschluß an die Demonstrationen der Kommunisten und Arbeitslosen im Lustgarten gestern nachmittag etwa 250 Arbeits- und Obdachlose in das Asyl für Obdachlose ein und hausten dort wie die Vandalen.

Der Verkehrsminister gegen die Kartoffelkontrolle.

Berlin, 21. Sept. (Amtlich.) Der Reichsverkehrsminister hat folgenden Erlaß an alle Direktionen der Reichseisenbahnen gerichtet:

„Aus allen Teilen des Reiches gehen mir Meldungen und Beschwerden von Interessenten zu, daß Eisenbahnbeamte und Arbeiter, Gewerkschaften und Betriebsräte in die Beförderung der Herbstkartoffeln eingreifen, die Gestellung von Wagen hierfür verweigern oder von dem Nachweis behördlicher Genehmigung abhängig machen. Beamte und Betriebsräte haben sogar verlangt, daß mit dem Versand von Kartoffeln erst begonnen werde, wenn die Eisenbahner des betreffenden Anbaubezirks selbst mit Kartoffeln eingedeckt seien. Ein derartiges eigenmächtiges Vorgehen von Beamten der Eisenbahn kann unter keinen Umständen geduldet werden. Es muß den normalen und ruhigen Verlauf innerhalb unserer Volkswirtschaft stören und katastrophale Wirkungen namentlich für die Bewohner großer Städte und derjenigen Gebiete nach sich ziehen, die selbst keine Kartoffeln anbauen können. Es ist also auch vom menschlichen Standpunkte aus nicht zu billigen, wenn die Eisenbahner nur an sich denken. Es kann auch nicht gebilligt werden, daß als Vorwand für den Eingriff die beabsichtigte Ausfuhr gewisser Kartoffelmengen behauptet wird. Es ist Sache der hierfür zuständigen Behörden, zu entscheiden, ob eine derartige Ausfuhr zugelassen werden muß. Meist ist sie notwendig im Interesse der Einfuhr lebensnotwendiger ausländischer Artikel. Ich veranlasse die Eisenbahndirektionen, sämtliche Dienststellen und Bediensteten eingehend von Vorstehendem zu unterrichten und über die Folgen ihrer Handlungen aufzuklären. Ich habe das Vertrauen zu den Bediensteten, daß sie sich den vorstehenden Gründen nicht verschließen werden. Sollte dies nicht gelingen, so müssen auch im Interesse der Staatsautorität die Eisenbahndirektionen eingreifen, um die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln nicht ernstlich zu gefährden.“

Oberhessen ohne Elektrizität als Protest gegen Kartoffelwucher.

Frankfurt a. M., 21. Sept. Der Betriebsrat der staatlichen Braunkohlengrube „Ludwigshoffnung“ und des damit zusammenhängenden staatlichen Kraftwerkes der Provinz Oberhessen haben den Beschluß gefaßt, das Kraftwerk außer Betrieb zu setzen. Seit Montag nachmittag 1 Uhr wurde der Stromlieferung eingestellt, so daß ganz Oberhessen ohne elektrische Kraft ist. Diese Maßnahme ist ein Protest der Arbeiterschaft gegen die hohen von der Landwirtschaft geforderten Kartoffelpreise. Der Streik soll so lange dauern, bis die Landwirtschaft beschlossen hat, die Kartoffeln zu einem bedeutend niedrigeren Preise zu liefern. Das Kraftwerk versorgt 150 Gemeinden und etwa 40 großindustrielle Anlagen. Die Grube „Abendstern“ in Hungen steht in Gefahr, bei anhaltendem Streik zu ersaufen. Viele Dreschmaschinenanlagen und Mühlen sind außer Betrieb. Auch die Krankenhäuser sind ohne Licht und Kraft. Infolge der Dunkelheit konnten die Landwirte ihre Arbeiten gestern nicht verrichten, und infolgedessen sind aus einem einzigen Bezirke heute 15 000 Liter Milch weniger nach Frankfurt gekommen. Die Direktion des Kraftwerkes hat wiederholt mit den Arbeitern verhandelt, ohne jedoch bisher zu einem Ergebnis zu kommen.

Schwerer Konflikt im Bergbau.

Essen, 21. Sept. Auf der Zeche „Nordstern 1/4“ sind zwischen der Betriebsleitung und dem Betriebsrat ernste Mißhelligkeiten entstanden, die zur Entlassung von Mitgliedern des Betriebsrates geführt haben. Die Belegschaft hat in einer Entschließung die Wiedereinstellung der Entlassenen verlangt und fordert weiter die sofortige Entlassung des Betriebsführers. Sie erklärt ferner, daß sie zunächst, von heute ab, keine überschichten mehr verfahre und sodann nach Ablauf der Woche die Arbeit ganz einstellen würde, wenn bis dahin ihre Forderungen nicht erfüllt seien. In der Zwischenzeit werde man alle umliegenden Belegschaften zu gemeinsamem Vorgehen aufrufen, auf deren Solidarität man heute schon rechnen könne. Es erscheint dringend notwendig, daß die Regierung vermittelnd eingreift, da die große Gefahr besteht, daß dieser Konflikt zur Ursache weiterer Unruhen im Industriegebiet wird.

Keine Verschmelzung der grünen und blauen Polizei.

Berlin, 22. Sept. Wie die Pressestelle der Sicherheitspolizei meldet, ist die von einer Berliner Korrespondenz gestern abend verbreitete Meldung über eine Verschmelzung der grünen und blauen Polizei in vollem Umfange glatt erfunden.

Um Ruhm und Liebe.

Roman von Arthur Zapp.

27. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sie faßte ihn in ihrer Aufregung und Bitterkeit am Arm.

„Sie wußten es, daß er mich hinterging, daß er der Liebhaber der Casbary ist und Sie sagten es mir nicht!“

Wieder stürzten die Tränen aus den Augen; sie ließ ihn los und schlug beide Hände vor ihr Gesicht; ihr ganzer Körper erbebte in wildem Schluchzen.

„Frau Käthe!“

Ihr Weinen brachte ihn fast von Sinnen; mit einer Gebärde, die seinen Schmerz und zugleich seine Teilnahme ausdrückte, griff er sich in sein Haar.

Da ließ sie plötzlich ihre Hände sinken.

„Aber ist es nicht wahr? Können Sie mir erklären, daß es nicht wahr ist?“

Er bewegte verneinend sein Haupt und die flammende Entzürnung in ihm machte sich in ungestüm hervorgesprudelten Worten Luft: „Nein, das kann ich nicht. Es ist wahr. Schon lange hätte ich es Ihnen sagen sollen. Ich tat es nicht, weil er zu bereuen schien, weil er mir versprochen hatte, daß er von ihr lassen würde. Er hat sein Wort gebrochen, der —“

Er ballte seine Rechte und würgte das Wort, das ihm auf der Zunge schwebte, grimmig hinunter.

Sie lachte; es war ein greller, bitterer Laut, der ihm in die Seele schnitt.

„Er verspricht ja alles und hält nichts!“

Sie ließ sich matt auf einen Stuhl sinken und starrte stumpf zu Boden. Der junge Mann stand seitwärts von ihr und rang mit seinen Empfindungen, die warm in ihm flatterten, und bedrückend, vernichtend kam ihm sein Unvermögen zum Bewußtsein; die Unglückliche, die er bewunderte und verehrte, zu trösten und ihr zu helfen.

Sie hob langsam ihr todblasses Gesicht.

„Was soll ich tun? Ich kann doch nicht mehr mit ihm leben und habe niemand, der mit mir empfindet.“

„Frau Käthe!“

Es war ihm, als führe ein Schlag auf seinen Kopf hernieder. Nie, seit der letzten Auseinandersetzung mit seinem Vater, hatte er sich so tief innerlich bewegt, so erschüttert gefühlt wie in diesem Moment.

„Ich kann doch nicht mit ihm leben!“ wiederholte sie fänderingend.

„Nein, nein, das können Sie nicht, Frau Käthe. Keinen Tag, keine Stunde mehr können Sie bei ihm bleiben!“

Ich habe doch niemand, der mit mir fühlt“, fuhr sie in demselben dumpfen Ton trostloser Resignation fort, „niemand, der mir eine Zuflucht anbietet. Es bleibt mir ja nichts, als zu sterben.“

„Frau Käthe!“

Wie der Aufschrei einer gequälten Seele kam es aus der Brust des Jünglings heraus.

Der ganze heiße Schmerz, das ganze hinreißende Mitgefühl, das er mit der im stillen längst wie ein Ideal, wie ein hohes, unerreichbares angebeteten jungen Frau empfunden, kam in dem Ton seiner bibrierenden Stimme zum Ausdruck.

Beschwörend erfaßte er ihre Hand.

„Sie dürfen nicht so sprechen, sie dürfen sich nicht so der Verzweiflung hingeben. Sie brechen mir das Herz, Frau Käthe!“

Sie sah ihn an, wie aus einem Traum erwachend, ohne eine Ahnung, in wie schwerem Kampf er lag.

„Was sagten Sie?“

Er erwiderte nichts, aber aus seinen Augen, aus seinen Mienen strahlten ihr die wärmsten, herzlichsten Gefühle entgegen.

„Verzeihen Sie!“ Sie reichte ihm ihre Hand. „Ich weiß, Sie sind mein Freund. Sie meinen es gut und redlich mit mir. Wir waren ja immer zwei gute, nach demselben Ziel strebende Kameraden. Aber sagen Sie selbst: Was soll ich tun? Bleibt mir denn noch etwas anderes als der Tod? Oder meinen Sie, daß ich hier weiterleben, daß ich neben ihm und seiner —“

Schauer des Entsetzens, tiefsten Abscheues schüttelten sie und das weitere erstarb in einem schmerzlichen Stöhnen.

In dem jungen Manne entspann sich abermals ein heißes Ringen. Aber so schwer es auch war, ebenso schnell hatte er sich entschlossen, alle selbstischen Wünsche in sich zurückdrängend.

„Nein, nein!“ entgegnete er in bestimmtem, dringlichem Ton. „Sie müssen fort von hier, Frau Käthe, fort von diesem Ort, fort aus der Stadt! Sie vergessen, daß Sie noch einen Schutz haben, daß Ihnen noch das Herz eines Vaters schlägt, der Ihnen verzeihen, der Sie wieder bei sich aufnehmen wird, wenn Sie als Bereuende, als Bittende, wenn Sie allein kommen.“

Ihr ihr unsäglich Leides, kummervolles Antlitz lief ein Hoffnungsstrahl und ihre Stimme nahm einen weichen, zärtlichen Ton an.

„Mein Vater! Mein Väterchen!“

Und dann rief sie sich die letzte große Unterredung mit ihm ins Gedächtnis, wie gut, wie liebevoll er zu ihr gesprochen hatte, und der innige, warme Ton seiner Worte klang in ihr Ohr: „Du warst immer mein liebes, gutes Kind! Immer bin ich stolz auf dich gewesen! . . .“

So und ähnlich hatte er damals gesagt. Und wenn sie nun zu ihm kam: „Lieber Vater, liebes Väterchen, verzeihe mir! Ich habe dich gekränkt, bin unaufrichtig, trotzig, unkindlich gegen dich gewesen. Hart bin ich dafür gestraft worden. Vergib mir! Ich will wieder deine gehorsame, brave Tochter sein!“ Würde er sie da hart, unerbittlich von seiner Tür weisen? Nein, nimmermehr!

Sie sprang auf; ihr armes, darniedergetretenes Herz erhob sich, begann wieder lebhafter zu pochen.

„Ja, ja, Sie haben recht, lieber Freund!“ sagte sie herzlich.

„Ich danke Ihnen. Sie haben mich wieder aufgerichtet, mir die Rettung, ein neues, besseres Leben gezeigt.“

Sie reichte ihm wieder mit aufstrahlendem Blick die Hand.

„Ich werde sofort an meinen Vater schreiben.“

Aber dann fiel ihr plötzlich etwas ein und eine lebhafte Unruhe malte sich in ihren flimmernden Augen, in ihren Mienen voll Angst und Erregung.

„Wo soll ich solange bleiben? Er kann kommen, jeden Augenblick kann er kommen. Ich will ihm nicht mehr begegnen! Ich kann ihn nicht mehr sehen —!“

Ein schüttarer Schauder rann durch ihren Körper, ihre Züge verzerrten sich in Qual und Abscheu.

Auch Heinz Robert stand betroffen.

„Sie haben recht“, stimmte er ihr bei. „Sein Anblick soll Sie nicht mehr beleidigen. Er darf Sie nicht mehr mit seinen tönenden Reden, mit seinen Phrasen, mit seinem heuchlerischen Pathos täuschen und bestigen.“

Da kam ihm ein helfender Gedanke. Er deutete auf den Fußboden.

„Die gute Frau Schrader! Sie wird Ihnen gewiß ein Asyl für ein paar Tage nicht abschlagen.“

Sie nahm seine Idee mit Eifer und Freude auf und brachte sie sofort zur Ausführung. Zusammen gingen sie die Treppe hinab, schweigend. Unten an der Tür zur Wohnung ihrer Wirtsleute trennten sie sich.

„Ich darf doch noch einmal nach Ihnen sehen, Frau Käthe —“ sagte er, „bevor Sie reisen?“

Sie reichte ihm herzlich die Hand.

„Aber gewiß! Und nochmals innigen Dank!“

Sie trat ein. So peinlich es ihr auch war, sie gestand der gutherzigen, empört und teilnahmsvoll aufhorchenden biederen Handwerksmeisterfrau die Wahrheit, wenn sie ihr auch natürlich nicht alles sagte. Nur soviel: daß ihr Mann sie betrogen habe, daß sie seine Stunde länger mit ihr zusammenleben könne und daß sie in ihr Vaterhaus zurückkehren wolle. Nur für ein paar Tage bitte sie um ein Asyl.

Die gutmütige Frau strich ihr mitleidig die blassen, verhärmten Wangen.

„Ach Gott doch, Sie Ärmste! Gewiß! Ich stelle Ihnen ein Bett in unsere gute Stube. Warum denn nicht? Für ein paar Tage! Im ganzen Monat kommt da manchmal kein Mensch ‘rein!“

Und dann streichelte sie ihr von neuem das kummervolle Gesicht.

Hab’ ich’s nicht immer gesagt: Sie sind viel zu schade für das Komödiantenpack! Ich sage immer zu meinem Mann: Gottfried, sage ich: sich mal des Abends ‘nen bißchen Farben vormachen lassen, ist ja ganz schön. Aber sonst — immer drei Schritt vom Leibe!“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200922-10/fragment/page=0005

Die Schiffahrtspläne des Norddeutschen Lloyd.

„New York Herald" meldet, daß der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Heinecken, aus Amerika in Plymouth eingetroffen ist und erklärt hat, im nächsten Frühjahr würden die Schiffe des Norddeutschen Lloyd jene Linien wieder befahren, die sie vor dem Kriege befuhren.

Spartakus folgt dem Diktat Lenins.

Wie die „Rote Fahne" mitteilt, hat die Kommunistische Partei (Spartakusbund) ihren Namen, entsprechend dem Moskau- in Kommunistische Partei Deutschlands, Sektion der Dritten kommunistischen Internationale, umgeändert.

Preußische Landesversammlung.

Allgemein nahm man an, daß der Dienstag in der Preußischen Landesversammlung ruhig verlaufen würde. Aber es kam anders. Nach Erledigung der kleinen Anfragen wurde die namentliche Abstimmung über das Gesetz zur Erleichterung des Kirchenaustritts vorgenommen. Die Sozialdemokraten beider Richtungen wollten das Gesetz, das ihnen noch nicht weit genug ging, unbedingt zu Fall bringen. Sie gaben daher bei der Abstimmung keine Zettel ab und verließen zum Überfluß noch den Saal. Das Ergebnis war 166 Stimmen dafür und 3 dagegen. Das Haus war also beschlußunfähig. Die nächste Sitzung wurde auf eine Viertelstunde später anberaumt.

In der zweiten Sitzung begannen die Deutschnationalen einen Vorstoß gegen die Preußische Landesversammlung. Das geschah bei der Beratung des Ergänzungsgesetzes über die vorläufige Regelung des Staatshaushaltes 1920. Sie schickten hier als Redner den Abg. Rippel vor, der seine Ausführungen scharf zuspitzte und u. a. einen Teil der sozialdemokratischen Regierungsvertreter den Vorwurf machte, die Loslösungsbestrebungen im Osten und Westen gefördert zu haben. Diese Ausführungen riefen einen Entrüstungssturm auf der Linken Seite hervor. Der sozialdemokratische Abg. Peters (Hochdonn) erhielt einen Ordnungsruf, weil er den deutschnationalen Redner „Lümmel" nannte. Abg. Rippel versuchte den Nachweis zu bringen, daß ein Regieren in Deutschland und Preußen bei verschiedener Zusammensetzung der Regierungen unmöglich sei; in Preußen hätten die Sozialdemokraten die Hälfte der Ministersitze inne, während sie im Reiche draußen ständen. Der unabhängige Abg. Ludwig und der sozialdemokratische Abg. Hauschild kritisierten ebenso scharf das Verhältnis der Deutschnationalen und der früheren Konservativen, die es niemals verstanden hätten, den Volkswillen im Landtag zum Ausdruck zu bringen. Andernfalls hätten sie während des Krieges das reaktionäre Dreiklassenwahlrecht beseitigen müssen. — Bei der Besprechung der Bereitstellung von Mitteln für die durch Wolkenbruch geschädigten Einwohner im Rheinland, Mansfeld und Hannover trat der demokratische Abg. Dr. Schreiber warm für die Beihilfen an die Geschädigten ein. Das Haus war zum Schluß ruhig, aber auch leer. Die Mitglieder befanden sich teilweise in den Ausschüssen, deren am Abend noch drei tagten. Es wird mit Hochdruck gearbeitet. In den Wandelgängen drehen sich die Gespräche fast nur um die Neuwahlen. Wird noch in diesem Jahre gewählt? Das ist die Frage des Tages.

*

Sitzungsbericht.

Berlin, 21. Sept.

Anfragen.

Abg. Dr. Reinecke (Ztr.) fragt nach der Entschädigung der bei den letzten Unruhen im Rheinland und Westfalen ausgeplünderten Bauernhöfe.

Ein Vertreter der Regierung teilt mit, daß die Verhandlungen über eine Entschädigung im Gange seien.

Auf eine Frage des Abg. Lukaszewitz (Dn.) hinsichtlich der Zulassung von Volksschullehrern zu dem Amt eines Schöffen oder Geschworenen erklärt ein Regierungsvertreter, daß eine dahingehende Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes noch nicht in Kraft getreten sei. Eine Änderung in diesem Sinne sei aber in Aussicht genommen.

In dritter Lesung wird hierauf

die Umlegerordnung

nach den Beschlüssen der zweiten Lesung mit unerheblichen Änderungen angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des

Kirchenaustrittsgesetzes.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Auf Antrag des Abg. Ab. Hoffmann (U. S.) muß die Schlußabstimmung namentlich erfolgen. Bei dieser Abstimmung haben beide sozialdemokratischen Fraktionen den Saal verlassen. Die Abstimmung ergibt 166 dafür und 3 gegen die Vorlage.

Präsident Leinert stellt die Beschlußunfähigkeit des Hauses fest, schließt die Sitzung um 2 Uhr 59 Min. und beruft eine neue Sitzung um 3 Uhr ein. (Heiterkeit.)

*

3-Uhr-Sitzung.

In der neuen Sitzung wird zunächst die Vorlage zur Änderung der

Verordnung über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren

in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die erste Beratung des

Nothaushalts.

Abg. Rippel (Dn.): Durch die Taten eines Teils der sozialdemokratischen Minister werden Loslösungsbestrebungen in Ost und West gefördert. (Großer Lärm, der sozialdemokratische Abg. Peters wird wegen des Zurufs „Lümmel" zur Ordnung gerufen.) Redner fordert Neuwahlen und schleunige Vorlegung des Wahlgesetzes.

Abg. Sudwig (U. S.): Es gäbe keine größere Heuchelei, als wenn dieselbe Partei, die früher jede Regung der Volksmeinung unterdrückte, sich nun mit einem Male auf die veränderte Volksstimmung berufe.

Abg. Hauschildt (Soz.) bedauert, die Ausführungen Rippels hätten nur agitatorischen Charakter. Wenn der Ruf „Los von Berlin" noch irgendwo ertöne, liege das ausschließlich an der Politik der Rechten. (Unruhe und Lachen rechts.)

Ministerpräsident Braun: Das Parlament des größten deutschen Bundesstaates hatte fünf Jahrzehnte lang eine ganz andere Struktur als der Reichstag. Da wird es jetzt wohl auch auf eine kurze Spanne Zeit nicht ankommen. Das Wahlgesetz wird demnächst vorgelegt werden. Die verfassungsgebende Landesversammlung muß mindestens so lange tagen, bis die Verfassung fertiggestellt ist.

Der Nothaushalt wird in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Es folgen Anträge aus dem Hause. Ein Antrag Christenge (U. S.) fordert Mittel für die durch Wolkenbruch geschädigten Bewohner von Mansfeld.

Ein Antrag Kley (Ztr.) fordert Entschädigung der durch Hochwasser des Rheins und seiner Nebenflüsse Betroffenen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß eine gerechte Verteilung der Entschädigungen eine absichtsvolle Feststellung der Schäden zur Voraussetzung habe. Diese würde erst demnächst vorliegen.

Der Antrag Christenge geht an den Hauptausschuß, der Antrag Kley wird angenommen.

Ein Antrag Graef (Soz.) fordert die

Überweisung von Truppenübungsplätzen

und militärischen Gebäuden zu Kleinsiedlungs- und Wohnungszwecken.

Nachdem ein Regierungsvertreter das Bestreben des Wohlfahrtsministers betont, alles zu tun, um den Zielen der Anträge zu genügen, dabei aber auch auf die unverhältnismäßigen Kosten der Herrichtung verwiesen hat, gehen die Anträge an den Siedlungsausschuß.

Ein Antrag Graef-Frankfurt (Soz.) ersucht die Regierung um Maßnahmen zur unverzüglichen Anstellung von Baukontrolleuren aus den Reihen der Arbeiterschaft und um Gewährung von Zuschüssen an finanziell schwache Gemeinden für diesen Zweck.

Abg. Haase (Soz.) weist zur Begründung auf die Verordnung vom 13. Dezember 1918 hin. Ihre Durchführung macht es erforderlich, daß die Gemeinden und Kommunalverbände zur Stellung von Baukontrolleuren angehalten werden. Es handelt sich um einen längst gehegten und berechtigten Wunsch der Bauarbeiter.

Abg. Dällmer (Dn.): Gewiß ist der Bauarbeiterschutz notwendig, aber er gehört jetzt zur Zuständigkeit der Betriebsräte. Wenn die Betriebsräte einigermaßen ihre Aufgabe ernst nehmen, müssen sie dafür sorgen, daß in jedem Betriebsrat ein fachkundiger Baukontrolleur vorhanden ist. Ein Regierungsvertreter erwidert, daß Betriebsrätegesetz verfolge ganz andere Zwecke. Die Baukontrolleure sind dadurch nicht überflüssig geworden. Dem ersten Teil des Antrages ist bereits durch einen Erlaß des Ministers genügt worden. Die Gewährung von Zuschüssen kommt noch nicht in Frage, da die Inanspruchnahme von Baukontrolleuren noch vielfach nebenamtlich geschieht.

Abg. Paul Hoffmann (U. S.) fordert im Hinblick auf die hohe Unfallziffer eine energische Durchführung der Verordnung. Der Antrag geht an den Haushaltsausschuß.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.

Antrag auf Hinausschiebung des Inkrafttretens des Gesetzes über Groß-Berlin. Kleine Vorlagen.

Handel — Verkehr — Industrie.

= **Neue Anleihe der Carl-Zeiß-Stiftung in Jena.** Die Carl-Zeiß-Stiftung in Jena hat an ein unter Führung der Bank für Thüringen, vormals B. M. Strupp in Meiningen stehenden Bankkonsortium 20 000 000 ℳ, 4½proz. neue Obligationen, rückzahlbar zu 102 Proz., begeben, die jetzt zum Verkauf gestellt werden.

= **Eilenburger Kattun-Manufaktur, A.-G.** Der Abschluß für 1919/20 weist einschließlich 69 243 ℳ (67 751 ℳ) Vortrag und nach Abschreibungen von 109 002 ℳ (56 000 ℳ) einen Reingewinn von 517 809 Mark (61 976 ℳ) aus. Es sollen 10 Proz. (5 Proz.) Dividende und 10 Proz. (0 Proz.) Bonus auf das erhöhte Aktienkapital verteilt werden, während 97 809 ℳ als Vortrag bleiben. Die Bilanz verzeichnet 543 976 ℳ (856 151 ℳ) Debitoren, 1 009 157 ℳ (0 ℳ) Bankguthaben, 530 618 ℳ (1 029 967 ℳ) Vorräte und anderseits 525 488 ℳ (523 618 Mark) Kreditoren.

= **Preiserhöhung für Bleifabrikate.** Der in der letzten Zeit erhöhte Rohbleipreis sowie die Verschlechterung der Valuta haben die Deutsche Verkaufsstelle für gewalzte und gepreßte Bleifabrikate veranlaßt, den Grundpreis für Bleifabrikate mit sofortiger Gültigkeit auf 880 ℳ der 100 Kg festzusetzen.

= **Zur Hausse auf dem Devisenmarkt.** Die an der Frankfurter Börse verbreitete Meldung, England habe im Clearingverfahren große Zahlungsforderungen präsentiert, denen entsprechende deutsche Gegenforderungen nicht gegenüberständen, dürfte nach Informationen des „Berl. Tgbl." nicht zutreffen oder jedenfalls keine bedeutende Rolle bei der Devisensteigerung spielen. Vielmehr scheint es, als gebe die Bewegung von einer ungewöhnlich starken Nachfrage des deutschen Importeurs aus, und als erkläre sich diese Nachfrage daraus, daß die Einfuhr von Mais, Schmalz, Ölfrüchten, Ölsaaten usw. in letzter Zeit auf Veranlassung des Reichsernährungsministers freigegeben, und zwar zu unvermittelt freigegeben worden ist. Die Käufe in diesen Produkten und die aus ihnen erwachsenden Zahlungsverpflichtungen sind schon jetzt sehr stark, außerdem werden umfangreiche finanzielle Vorbereitungen für weitere Käufe getroffen. Auf der anderen Seite stockt bekanntlich die Ausfuhrtätigkeit wegen der ungünstigen Lage des Weltmarktes zurzeit, so daß das Angebot an Devisen dadurch geschmälert sein muß.

Vermischte Nachrichten.

Ein Bombenanschlag auf die Börsen in Genua und Nizza.

Haag, 21. Sept. „Evange Telegraf" meldet, daß gegen die Börse in Genua ein Bombenattentat verübt wurde und aus Nizza wird telegraphiert, daß auch dort im Börsengebäude, und zwar in der Fondsbörse, Bomben explodierten, die von vier Personen geworfen wurden. Menschen kamen dabei nicht zu Schaden, aber der Materialschaden ist bedeutend. Zur Zeit des Abends wurden eine Anzahl von Verhaftungen vorgenommen.

* **Aufklärung des Millionendiebstahls auf der Vulkanwerft.** Stettin, 21. Sept. Den Bemühungen der Stettiner und Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, den Millionendiebstahl auf der Vulkanwerft, bei dem den Tätern 1½ Millionen Mark in die Hände gefallen waren, aufzuklären. Drei sind bereits verhaftet, zwei andere, die Arbeiter Klekzig und Zlehm, sind flüchtig. Ein großer Teil des Geldes konnte wieder herbeigeschafft werden. In Köpenick konnte der Vater des Klekzig verhaftet werden, der von seinem Sohne eine Viertelmillion Mark zur Aufbewahrung erhalten hatte. Das Geld wurde im Kanter versteckt vorgefunden. Wie von Anfang an vermutet, sind die Hauptväter Leute, die mit den Verhältnissen auf der Werft genau vertraut waren. Drei von ihnen sind beim Vulkan beschäftigt.

* **Das gestohlene Beweismaterial.** Vor der Strafkammer in Düsseldorf haben sich zurzeit 48 Eisenbahner wegen einer ganzen Reihe von Diebstählen zu verantworten; sie haben u. a. auch große Mengen Stoffe gestohlen. Ein Teil dieser Tuche war zur Verhandlung in das Gerichtsgebäude geschafft worden. Eines Morgens machte man die Entdeckung, daß die Tuchballen in der vergangenen Nacht abermals gestohlen worden sind.

* **Explosion eines Dynamitlagers bei Mantua.** Das einen Kilometer von Mantua gelegene Dynamitlager Fiolo ist, wie aus Mailand gemeldet wird, in die Luft geflogen. Alle Häuser im Umkreis von einem Kilometer wurden zerstört. Unter der Bewachungsmannschaft und den Bayonnern gab es drei Tote und mehrere Verletzte. In Mantua wurden viele Fensterscheiben eingedrückt. Man vermutet einen verbrecherischen Anschlag.

Stück 73 — Merseburg, 22. September — 1920

498] **Verbot des Abbrennens von Kartoffelkraut.**

Auf Grund der §§ 15 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und 5 des Gesetzes über die vorläufige Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 verordne ich mit Zustimmung des Kreisausschusses für den Umfang des Kreises Merseburg wie folgt:

§ 1. Das Abbrennen von Kartoffelkraut, Quecken usw. auf dem freien Felde darf nur in der Zeit vom Frühe 8 Uhr bis nachm. 5 Uhr unter Aufsicht vom Eigentümer stattfinden.

§ 2. Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Vorschrift des § 1 verstößt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 ℳ, an deren Stelle bei Unbemittelten entsprechende Haft tritt, bestraft.

Merseburg, den 23. Mai 1888.

Der Königliche Landrat.
gez.: Reibnitz.

Vorstehende Polizeiverordnung wird hiermit von mir erneut in Erinnerung gebracht.

Merseburg, den 22. September 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kirsten, Kreis-Obersekretär.

499] **Kinderpest.**

In Zeitz ist infolge Einschleppung durch Schweine aus Pölitzer Ortsteil die Kinderpest festgestellt worden. Alle erforderlichen Maßnahmen gegen die Einschleppung der Seuche in das Inland sind getroffen. Ein Anlaß zur Beunruhigung liegt zur Zeit nicht vor. Ich erlasse jedoch bei etwa auftretenden verdächtigen Erscheinungen sofort Telephon- oder telegraphische Mitteilung zu machen.

Merseburg, den 20. September 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

500] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 des Gesetzes betreffend die Viehseuchen vom 26. Juni 1909 (RG. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Gehöfte:

1. der Landwirte Hermann Dunsdorf, Georg Fritsche, Hugo Schulz, Otto Verbold und der Wwe. Anna Kade in Trebitz;
2. des Landwirts Karl Milkau und Max Reinnik in Benkwitz;
3. der Arbeiter Gustav Bergmann, Gustav Meister, Karl Rüstenbach, Emil Richter, Adolf Richter, Otto Meister, Paul Dunsdorf, Adolf Teucher Wwe. Fiedler und Wwe. Keßler in Beuditz;
4. des Kätners Jäschke und Schlichter in Dehlitz;
5. des Kätners Bernhard Richter in Dehlitz;
6. des Landwirts Otto Schmidt und Ernst Walter in Dehlitz;
7. des Landwirts Robland in Kleinkayna;
8. des Gutsbesitzers Karl Hahne in Wünschendorf;
9. des Kaufmanns Max Schmidt in Leunahorst;
10. des Kaufmanns Max Kegler in Leuna;
11. des Schreiners in Reinsdorf;
12. der Landwirte Bernhard Nahnsfeld, O. Hirt, A. Eisler, Hermann Schreiter in Richerbauna;
13. des Landwirts Robert Schreiter in Oberbauna;
14. des Landwirts Antich in Oberbauna;
15. des Gutsbesitzers Winter in Kriegsdorf;
16. des Landwirts Walther in Schkeuditz;
17. der Landwirte Alwin Schulze, Georg Reßler, Gustav Fahr, Otto Kanold, Alfred Hose in Meuchen;
18. der Landwirte Alwin Hoffmann, Otto Fischer, Kurt Wetzel und Max Gustav Hoffmann, Otto Müller, der Witwen Morenz und Dreßler in Schkeuditz;
19. der Landwirte Karl Gentsch, Otto Siemm, Gustav Göhring und Heinrich Siemm in Kapitz;
20. der Landwirte Bruno Tenbick in Merseburg, Amtshäuser Straße;
21. der Witwe Keßler, des Julius Sommer, des Franz Tauche, der Landwirte Karl Geneschen, Hermann Ulrich und Gustav Werner, des Karl Schiegel in Meusdorf;
22. der Landwirte Friedrich Rast in Merseburg, Oberstadtburg Nr. 24;
23. des Gutsbesitzers Friedrich Ast in Merseburg, Oberstadtburg

bilden je einen Sperrbezirk.

§ 2.

Es treten die in der viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Regierungspräsidenten vom 13. Juli 1920 (Amtl. Anzeiger Stück 61, Nr. 410) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 21. September 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kirsten,
Kreis-Obersekretär.

501] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Die Maul- und Klauenseuche ist erloschen in den Viehbeständen von:

Meitzer in Knapendorf, Franke in Beundorf, Weißmann in Throitzsch, Thomas und Schröder in Zöschen, Wallerer in Leunawitz, Keil in Kleinkayna, Schmalz in Lützen, Noll in Mahna, Wittgen in Lützen, Gutsbesitzer Schröder, Bergbau-Aktiengesellschaft in Lützen, Gutsbesitzer Zeil in Gröbers, Bergbau-Aktiengesellschaft in Lützen, Sohn, Schumann und Horn in Kemplitz, Sandfuchs in Trebitz, Fr. Warnicke und R. Krebs in Zöschen, Frankenhans und Witwe Burkhardt in Merseburg, Wiegand in Meuchen, Schröder und Gustest in Meuchen.

Die Sperrmaßregeln werden hiermit aufgehoben.

Merseburg, den 21. September 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kirsten, Kreis-Obersekretär.

502] **Wassenaufsicht.**

Zum Vollzuge an meine Bekanntmachung vom 5. September 1920 (Stück 68 des amtlichen Anzeigers), vom 9. September 1920 (Stück 67 des amtlichen Anzeigers) und vom 14. September 1920 (Stück 67 des amtlichen Anzeigers) wird noch besonders darauf hingewiesen, daß bei der Ablieferung der Waffen und Munition weder nach den Namen noch nach der Wohnung einer Legitimation, noch nach Herkunft der Gegenstände gefragt wird.

Merseburg, den 21. September 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

Druck und Verlag von Th. Röbner in Merseburg.

Hilfe
in den meist. Fäll. b. Rheuma, Influenza, Lungenkatarrh, Asthma, Husten, Nerven-, Herz-, Frauen-, Magenleiden, Hautjucken durch Dampf-, Licht-, Fichtennadel-, Moor-, kohlensaure Bäder, Rot.- u. Blaulichtbestrahlung, Massage.
Johannisbad,
Johannisstr. 10, 1 Min. n. Markt

Frauen
lassen sich nicht täuschen durch so oft angebotene meist wertlose Präparate. Bestellen Sie bei
Regelstörung, Stockung
nur meine auch in verzweifelten Fällen erprobten wirksamen Mittel. Sie werden überrascht und mir dankbar sein. Diskr. Verf. mit Garantie, volls. unschädlich, andernfalls Geld zur. Wirkung in 2 Tagen. Täglich Dankschreiben über schnelle und sichere Wirkung.
Fr. A. Lemke, Hamburg 332,
Grindelallee 149, I.

Gummi- u. Metallstempel
Kurt Karius
Kontrol 620 Merseburg Brühl 4

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Alte Herren- u. Damen-Filzhüte werden neu
in moderne Formen umgepreßt, gereinigt und gefärbt.
Annahmestelle:
Frau Schulze, Friedrichstr. 30.
Hutpresserei Büker & Schulze.

Quittungsbücher für Miete, Zinsen, Pacht
hält vorrätig
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200922-10/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Fernspr. Nr. 324. :—:

Mit dem wöchentlich 2maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 213 — Mittwoch den 22. September 1920 — 47. Jahrg.

Wiederaufbau.

Von Dr. Herz.

Die Erfahrung der Kriegskunst lehrt, daß sich auch die erfolgreichste Offensive einmal tot läuft. Dasselbe Gesetz gilt für die Revolution. Wenn der revolutionäre Wille erlahmt ist, verpuffen die Versuche der Fanatiker, die Massen zur Fortführung der Revolution aufzupeitschen. Trügen nicht alle Anzeichen, so ist dieser Wendepunkt jetzt gekommen, wenn es auch natürlich noch unter der Oberfläche gärt. Die Menschen sehnen sich nach Ruhe und Ordnung, daher konnte der Kapp-Putsch der revolutionären Bewegung nur vorübergehend Odem einblasen. Der Rückschlag, den die bolschewistischen Armeen in Rußland erlitten, noch mehr die Enttäuschung, die die Unabhängigen in Sowjetrußland erfahren haben, beschleunigte die Erkenntnis von der Gefahr einer Überheizung der Entwicklung.

Allerdings, rückwärts drehen läßt sich das Rad der Geschichte auch nicht. Jeder Versuch, die Arbeiterschaft von der im Staat eroberten Stellung wieder hinunter zu drücken, würde den noch glimmenden Brandherd neu aufflammen lassen. Die Arbeiterschaft, die jetzt bei der Kohlenförderung im Ruhrrevier zeigt, daß sie einzusehen beginnt, welche Pflichten ihr die Macht, das Wirtschaftsleben lahm zu legen, auferlegt, hält allerdings die Vergesellschaftigung der Produktionsmittel noch immer für das Gebot der Stunde.

Wir alle sind wohl darüber einig, daß die Zeit der hohen unerarbeiteten Gewinne vorüber ist. Aber die Frage, die in den Vordergrund der Erörterungen zu schieben ist, ist nicht die Frage der Sozialisierung. Das Problem ist weit ernster, weit lebenswichtiger. Es heißt mit dürren Worten: Was wird aus den 16 Millionen Menschen, mit denen Deutschland jetzt überbevölkert ist, wenn einmal — und das wird in absehbarer Zeit der Fall sein — die vorkriegliche Vorratskammer, aus der wir jetzt leben, gänzlich geleert sein wird? Das Fünfviertelhundert Milliarden Papierzettel, das von Hand zu Hand wandert, täuscht Wohlhaberheit vor, jedoch die Notenpresse kann Geldzeichen drucken, bringt aber kein Stück Brot, kein Paar Stiefel, kein Wohnhaus.

Die Lösung ist so oft gegeben, daß sie zum Gemeinplatz geworden ist. Sie heißt: Arbeiten, arbeiten und wieder arbeiten; das einzige Mittel gegen die Arbeitslosigkeit liegt, wie Gustav es einmal formuliert hat, in der Erhöhung der Arbeitsleistung.

Das ist die Antwort, rein vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus gegeben! Da aber letzten Endes nicht wirtschaftliche Erwägungen, sondern Ideen das Handeln der Menschen regieren, wird in dieser Antwort als Grundlösung angegeben, was nur Folge moralischer Erneuerung sein kann. Ehe mit Liebe gearbeitet werden kann — und nur solche Arbeit bringt Segen — müssen sittliche Kräfte wieder zu wirken beginnen.

Die erste sittliche Forderung lautet in einer Zeit, in der alle, Schieber und Kriegsgewinnler ausgenommen, in derselben Verdammnis sind: Gemeinschaftswillen. Gemeinschaftswillen in dreifacher Form. Erstens: Freiwillige Verdichtung der Gütererzeugung auf jene Dinge, die für die verarmte Gesamtheit notwendig sind; der Profit des Einzelnen allein darf sie nicht bestimmen. Zweitens: Unterordnung unter die Staatsgewalt, die vom Volkswillen getragen ist; es geht ebensowenig an, daß die Gewerkschaften weiterhin bei der Kontrolle der Waisenbeförderung sich über die Staatsleitung stellen, als daß Lehrer der höheren Schulen die Kinder planmäßig zu ihrer Verachtung erziehen. Endlich Gemeinschaftswille darin, daß alle Stände und Berufe sich als zusammengehörige Glieder fühlen, von denen das eine das andere nicht entbehren kann. Ich denke dabei in erster Linie an das Verhältnis von Stadt und Land. Es hat mich weniges in meiner politischen Tätigkeit so beglückt, als der Brief einer Städterin vor dem Kriege in jenen Zeiten, als die Zollfragen noch politisch, nicht wirtschaftlich behandelt wurden, die mir schrieb, daß sie die Bauern liebe, seitdem sie das gelesen habe, was ich über innere Kolonisation geschrieben hätte. Die Ernährungsnöte im Kriege haben den Riß zwischen Stadt und Land, der gerade zu verhaßten begann, wieder aufgerissen; gegenseitiges Verständnis wird sich anbahnen, wenn die Städter begreifen, daß Stadtleben ausdörrt, Landleben neue Kräfte schafft.

Und wenn wir vom Bauernstum sprechen, kommen wir auf den zweiten wichtigen Punkt. Soll Deutschland wieder aufblühen, so braucht es Persönlichkeiten. Wo finden wir sie mehr, als im freien Bauernstand, der auf eigener Scholle sitzt, niemandem als sich selbst untertan? Es liegt im Wesen der Revolution, zu nivellieren. Das ist berechtigt, soweit Klassenvorrechte beseitigt werden. Es wird zum Verderben, wenn anstelle der Gleichberechtigung Gleichmacherei tritt. Der Matrose, der den Steuermann von Bord stößt, kann das Schiff bestwegen noch lange nicht lenken. Wir brauchen alle schaffenden Kräfte und dürfen daher den Unternehmergeist nicht durch Reglementierung und Bürokratismus, wie in den Zeiten der sozialistischen Überspannung, in spanische Stiefel schnüren.

Wiederaufbau Deutschlands! Überall im Ausland glaubt man an ihn; dieser Optimismus wird nicht trügen, wenn Deutschland die Kraft findet, sich sittlich zu erneuern.

Die Durchführung des Friedens.

Vergewaltigung!

Zur Entscheidung über Eupen und Malmedy.

Die Entscheidung über Eupen und Malmedy ist gefallen. So gefallen, wie vorausgesehen war. Eupen und Malmedy werden belgisch. Der Völkerbund hat die deutschen Proteste gegen den Terrorismus der Belgier zurückgewiesen. Nicht etwa, weil sie unbegründet waren, sondern weil die Abschreckungsmethoden der Belgier vom belgischen Oberkommissar mißbilligt worden seien. Es ist schwer, eine Satire nicht zu schreiben. Die Gemeinden z. B., denen einen Rundschreiben zuging, in dem sie mit Repressalien bedroht werden, falls sie gegen Belgien stimmen, wissen genau, was das für die Zukunft heißt. Auch wenn der Oberkommissar, der weit ist, das Rundschreiben „mißbilligt".

Berichterstatter im Völkerbundsrat war der brasilianische Gesandte da Cunha. Er ist zum Ergebnis gekommen, daß die Anordnungen der belgischen Behörden über die Abstimmung dem Buchstaben des Versailler Friedens entsprechen. Aus dieser Formulierung, die der als Völkerrechtler nicht unbekannte Diplomat sein Votum gegeben hat, kann man allerlei heraushören. Besonders, daß die ganze Art der Abstimmung, die unter Aufsicht der Belgier in der Art erfolgt ist, daß diejenigen sich in Listen eintragen, die nicht unter belgische Staatshoheit kommen wollten, auch nicht im entferntesten dem entspricht, was man als Mindestforderung für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts aufstellen muß. Mit seiner Entscheidung hat der Völkerbundsrat das Siegel auf eine der schwersten Vergewaltigungen gedrückt, die der Friedensvertrag gemacht hat. In Eupen wohnen 98 Wallonen unter 25 000 Deutschen. In Malmedy 9500 unter 37 000 Deutschen.

Belgien will mit Glockengeläute und Fahnenschmuck die „Wiedervereinigung" der Bezirke feiern. So heißt es in den Maueranschlägen in Brüssel. Wann hat Eupen und Malmedy zu Belgien gehört? Aber auch nur zu einer jener Staatsformationen, die als Vorläufer des belgischen Königreichs angesehen werden können? Also auch die Berufung auf das historische Recht versagt, aber die großen Wälder und die reichen Zinkgruben lockten. Wahrlich, wenn der Völkerbundsrat das Ansehen des Völkerbundsgedankens schänden wollte, konnte er nichts besseres tun, als zu dieser Versicherung von Menschen für Metall und Holz sein Ja und Amen zu sagen. Zu gleicher Zeit kommt eine Nachricht aus Südwestafrika, daß die Proteste der Deutschen dort gegen die Einverleibung in die Union von General Smuts höhnisch zurückgewiesen worden sind und ihnen nicht einmal der Schutz ihrer kulturellen Eigenart zugesichert werden soll.

Und endlich: am italienischen Nationalfeiertage wird die Annexion Südtirols feierlich verkündet werden. 280 000 Deutsche und 16 000 Ladiner werden durch einen Federstrich einer verhaßten Fremdherrschaft unterworfen.

Rechnet man die weiteren Millionen Deutsche hinzu, die gegen ihren Willen den Tschechen, den Polen, den Jugoslawen unterworfen worden sind, so packt uns ein Grauen vor dem Übermute der Sieger, die sich vermessen, die Knechtung dieser Millionen auf die Dauer aufrecht erhalten zu können. Wölker lassen sich heute nicht mehr versachschern wie das Inventar eines Gutshofes, und bisher hat die Weltgeschichte noch jedes Unrecht irgendwann gerächt. Auch im Völkerleben gilt der Satz: Recht muß Recht bleiben!

*

Das Programm der Brüsseler Konferenz.

Brüssel, 22. Sept. Das Programm der Brüsseler Konferenz wird sich folgendermaßen zusammensetzen: Am 24. September Eröffnung der Konferenz, vom 26. bis 28. September Auseinandersetzung über die allgemeine finanzielle Lage, vom 29. September bis 2. Oktober Feststellung der künftigen Finanzpolitik. Brand-England wird die Frage der Staatsfinanzen, Bischering die der Geld- und Wechselkurse behandeln, Jaspar-Belgien den internationalen Handel, Gester-Frankreich die internationale Kreditfrage besprechen. Vom 3. bis 5. Oktober werden Kommissionssitzungen abgehalten, und vom 6. bis 9. Oktober die Endergebnisse festgestellt werden.

Abreise der deutschen Delegierten nach Brüssel.

Berlin, 22. Sept. Die deutsche Delegation zur Finanzkonferenz verläßt heute abend Berlin, um sich nach Brüssel zu begeben. An ihrer Spitze steht Unterstaatssekretär Bergmann. Weitere Mitglieder sind: der Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft Urbig, der Vizepräsident der Reichsbank von Glasenapp, Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium. Als Sachverständige sind der Delegation Geheimer Hofrat Professor Dr. Lob-München, Geheimer Oberfinanzrat Kaufmann von der Reichsbank und Geheimrat Dr. Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium beigegeben.

Die französische Presse zum Beginn der Brüsseler Finanzkonferenz.

Paris, 21. Sept. Das „Echo de Paris" und das „Journal" beschäftigen sich mit der übermorgen beginnenden Finanzkonferenz von Brüssel. „Echo de Paris" zeigt sich außerordentlich beunruhigt. Es erklärt zunächst, daß der ursprüngliche Zweck der Finanzkonferenz ohnehin fallen gelassen worden sei, da es nicht dazu kommen könne, die deutschen Anleihen auf dem Weltmarkt zu placieren. Überdies ist es nicht so sehr, was dem Blatte das Dunkel Dessen Bedenken schafft. Vielmehr ist es die Atmosphäre, in der bedeutendsten Finanzfragen [illegible] werden, und mit [illegible] werden verkehren [illegible] deutschen Delegierten die [illegible] Lehren alle diese Finan- [illegible] nur eins zu tun, in [illegible] Wünsche nicht rasch [illegible] vorzuschlagen, über- [illegible] man es wolle.

[illegible] daß die Finanzkonferenz [illegible] lerdings würde der ur- [illegible] erreicht werden, da man [illegible] und Österreichs die Ent- [illegible] dem Weltmarkt nicht [illegible] Völkerbundes habe recht [illegible] Finanzkonferenz zu be- [illegible] große Finanzlage zu be- [illegible] der Lage sein, die Höhe [illegible] ungssumme festzulegen. [illegible] Vertreter von Ländern, [illegible] bereicherten, mit anderen [illegible] unniert wurden. Die [illegible] eingehend geprüft [illegible] s wie der in- und aus- [illegible] aufs, des Wertes seiner [illegible] Pläne für jene Länder [illegible] betroffen worden sind, [illegible] ziehen, um in gerechter [illegible] Waren zu verlaufen.

[illegible] nferenz.

[illegible] welche gute Beziehungen [illegible] t, erklärte, daß die Wochen- [illegible] ß aber ein Tag kommen [illegible] die deutsche Regierung [illegible] erden, die Vorschläge der Finanzkonferenz in Brüssel zu prüfen. Es werde sich die Notwendigkeit ergeben, die Frage der Entschädigungen auf einer eigenen Konferenz zur Entscheidung zu bringen.

*

Der Dank Hindenburgs.

Berlin, 22. Sept. (T.-U.) Generalfeldmarschall von Hindenburg veröffentlicht eine Danksagung, in der es u. a. heißt: Während meiner mehrwöchentlichen Abwesenheit von Hannover sind mir gelegentlich der Erinnerungstage von Tannenberg und Sedan sowie aus anderen vaterländischen Veranlassungen zahlreiche Grüße von Vereinigungen, Vereinen und Einzelpersonen zugegangen. Überall hin besonderen Dank zu senden, geht über meine Kräfte. Ich bitte dies daher hiermit allgemein tun zu dürfen.

Großer Fabrikbrand in Dresden.

Dresden, 22. Sept. (T.-U.) Ein riesiges Schadenfeuer wütete in letzter Nacht in den Räumen der Wagen- und Automobilfabrik von Heuer in Radebeul. Das Feuer fand in den riesigen wertvollen Vorräten reichliche Nahrung, so daß in kurzer Zeit das ganze dreistöckige Fabrikgebäude ein Raub der Flammen wurde. Der Schaden beziffert sich auf etwa 1½ Millionen Mark. Die Zahl der beschäftigungslos werdenden Arbeiter beträgt etwa 100.

Beendigung des Hafenarbeiterstreiks in Lübeck.

Lübeck, 22. Sept. (T.-U.) Der hiesige Hafenarbeiterstreik wurde beendet. Die Arbeit soll heute morgen wieder aufgenommen werden.

Ein Notschrei des Saargebietes.

Berlin, 22. Sept. (WTB.) Eine Konferenz der sozialdemokratischen Abgeordneten und Gemeindevertreter des Saargebietes in Saarbrücken richtete an die Reichsregierung den dringenden Aufruf, das gegen seinen Willen 15 Jahre losgerissene Saarvolk vor der wirtschaftlichen Abschnürung vom Mutterland inniglich zu bewahren. An die Saarregierung wurde ein scharfer Protest gegen die Massenausweisungen gerichtet, ihre Zurücknahme gefordert und die nur zeitlich unterbrochene aber unlösliche Zugehörigkeit des Saargebiets zu Deutschland betont.

Londern war und bleibt deutsch!

Londern, 22. Sept. (T.-U.) Nachdem die ersten Schulkommissionswahlen für ungültig erklärt worden sind, fanden gestern die Neuwahlen statt. Auf die deutsche Liste entfallen sechs Mandate, während die Dänen nur einen Sitz erhielten.

Deutsch-dänischer Grenzzwischenfall.

Flensburg, 22. Sept. (T.-U.) In der Nacht vom Montag zum Dienstag hatte ein deutscher Grenzbeamter bei Krusau einen Schuß im Walde gefallen. Er fand einen dänischen Grenzsoldaten schwerverwundet am Boden liegen. Der Schwerverletzte wurde nach Hersburg gebracht, wo er Dienstag gestorben ist. Auf dänischer Seite wird man wahrscheinlich versuchen, den Vorfall auf politisches Gebiet hinüberzuziehen.

Mord und Brandstiftung in Irland.

Amsterdam, 22. Sept. (WTB.) „Telegraaf" meldet aus London: Gestern wurde in Balbriggan, 8 Kilometer von Dublin entfernt, ein Zaffpector der irischen Polizei ermordet und sein Bruder verwundet. Um Mitternacht rächte sich die Polizei, indem sie verschiedene Häuser der Stadt in Brand steckte, nachdem sie zuvor die Bewohner daraus vertrieben hatte; desgleichen wurde eine Wollfabrik und verschiedene Magazine vernichtet.

Der Reichspräsident besucht die deutsche Ostmesse.

Berlin, 22. Sept. (WTB.) Der Reichspräsident Ebert, der Reichswirtschaftsminister Dr. Schotz, der preußische Ministerpräsident Braun und der preußische Handelsminister Fischbeck werden die erste deutsche Ostmesse in Königsberg, die am kommenden Sonntag beginnt, besichtigen und ihrer Eröffnung beiwohnen. Vom 20. bis 24. September sind die Schnellzüge nach Königsberg für die Besucher der Messe verstärkt.

Die Volksabstimmung in Kärnten.

Klagenfurth, 22. Sept. (T.-U.) Nach näheren Anweisungen der Südslawen an ihre Vertrauensmänner soll am letzten Tage vor der Volksabstimmung der Terror derart verschärft werden, daß die Abstimmung unmöglich gemacht wird.

Kommunistenputsch in Danzig.

Prag, 22. Sept. (T.-U.) Gerüchten aus Danzig zufolge sollen dort alle öffentlichen Gebäude militärisch besetzt sein. Militärpatrouillen durchziehen die Straßen. Angeblich handelt es sich um einen Kommunistenputsch.

Zur Präsidentenwahl in Frankreich.

Paris, 22. Sept. (WTB.) Ministerpräsident Millerand empfing gestern abend eine Anzahl Politiker, die von ihm bezüglich seiner Erklärung die Versicherung haben wollten, daß diese Erklärung über die Revision der Verfassung keine Änderung in der inneren Politik darstelle. Millerand erklärte, er erachte die Änderung gewisser Artikel der Verfassung für notwendig, aber er habe immer im Auge, daß diese Revision nicht früher vorgenommen werden könne, bis die Lösung der großen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme erfolgt sei. Es sei nicht sein Ziel, die Autorität des Präsidenten zu vergrößern.

Demokraten und Sozialisten lehnen die Kandidatur Millerands ab.

Paris, 22. Sept. (WTB.) Die demokratische Linke, die Sozialisten, die Radikalen und die Radikal-Sozialisten haben gestern beschlossen, die Kandidatur Millerands abzulehnen und einen eigenen Kandidaten aufzustellen, über dessen Name heute Beschluß gefaßt werden soll. Leon Bourgeois wird neben Peret am meisten genannt.

Der Nationalfeiertag in Italien.

Rom, 22. Sept. (WTB.) Agenzia Stefani. Gestern abend brachten viele Vereine und Verbände in eindrucksvollem Zuge mit vielen Fahnen vor dem Quirinal dem Könige Huldigungen dar. Die patriotische Kundgebung wiederholte sich auf der Piazza Colonna, wo die Klänge des Königsmarsches große Begeisterung hervorriefen. Die Stadt ist voll Leben. Viele Abordnungen aus der Provinz sind seit gestern angekommen, um an den patriotischen Feiern teilzunehmen. Gestern abend warf ein Flugzeug aus Fiume eine Botschaft d'Annunzios ab. In Brescia lagen seit gestern die Kriegsteilnehmer. Der Jubiläumstag wurde mit großen Kundgebungen gefeiert. In seiner Antwort auf die Glückwunschbedeschen des Bürgermeisters sagte der König u. a.: Wir wollen in vertrauensvoller Arbeit uns der Förderung des bürgerlichen Fortschritts und der Ordnung hingeben und stets das Wohl Italiens voranstellen.